

Rezensionen von IfZ-Publikationen in den sehepunkten

Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 Rezensiert von Andreas Kossert	3
Stefanie Michaela Baumann: Menschenversuche und Wiedergutmachung. Der lange Streit um Entschädigung und Anerkennung der Opfer nationalsozialistischer Humanexperimente Rezensiert von Ralf Forsbach	6
Volker Dahm/Albert A. Feiber/Hartmut Mehringer/Horst Möller (Hrsg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich Rezensiert von Alan E. Steinweis	8
Amit Das Gupta/Tim Geiger/Matthias Peter/Fabian Hilfrich/Mechthild Lindemann (Bearb.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik 1977. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte	
Daniela Taschler/Amit Das Gupta/Michael Mayer (Bearb.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik 1978. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte Rezensiert von Andreas Rödder	11
Joachim Samuel Eichhorn: Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969) Rezensiert von Philipp Gassert	14
Stefan Grüner: Geplantes „Wirtschaftswunder“? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1949 bis 1973 Rezensiert von Jörg Lesczenski	17
Christian Hartmann: Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42 Dieter Pohl: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944	
Christian Hartmann/Johannes Hürter/Peter Lieb/Dieter Pohl: Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944. Facetten einer Grenzüberschreitung Rezensiert von Roman Töppel	19
Dierk Hoffmann: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie Rezensiert von Philipp Gassert	23

Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933 Rezensiert von Ragna Boden	26
Stefan Paulus: Vorbild USA? Amerikanisierung von Universitäten und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976 Rezensiert von Barbara Wolbring	28
Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren Rezensiert von Morten Reitmayer	30
Carsten Schreiber: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens Rezensiert von Marc Buggeln	32

Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), München: Oldenbourg 2009, 298 S., ISBN 978-3-486-59139-2, EUR 44,80

Rezensiert von Andreas Kossert

Deutsches Historisches Institut, Warschau

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte 10** (2010), Nr. 1

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/01/16358.html>



Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa ließen mehr als vier Millionen Heimatlose im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone stranden. Das Land stand Kopf. Von dieser schwierigen Ankunft erzählten Anna Seghers, Heiner Müller und Christa Wolf, später Günter de Bruyn, Christoph Hein und Reinhard Jirgl. Katholische Sudetendeutsche aus böhmischen Barocklandschaften fanden sich plötzlich auf der Insel Rügen wieder, evangelische Ostpreußen von den Seen Masurens suchten im Thüringer Wald Asyl. Bald nach dem Zusammenbruch der DDR nahm sich die historische Forschung des weißen Flecks an, den die Geschichte der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR darstellte. Erstaunliche Ergebnisse zur Geschichte der Vertriebenen und ihrer „Integration“ in die sozialistische Gesellschaft kamen zutage: zur SED-Politik gegenüber den Vertriebenen, zur Oder-Neiße-Linie, zu spezifischen Submilieus sowie lokale Studien. Dabei richteten sie ihren Fokus vornehmlich auf die ersten Nachkriegsjahre bis in die 1950er

Jahre. Danach – so war auch die offizielle Doktrin – verschwand das Vertriebenenproblem. Insbesondere Michael Schwartz setzte mit seinen Studien Maßstäbe. [1]

Nun liegt eine neue bemerkenswerte Studie aus der Feder von Heike Amos vor, Historikerin am Institut für Zeitgeschichte. Sie schlägt erstmals einen chronologischen Bogen von der Gründung bis zum Untergang der DDR. Das ist eine besondere Herausforderung und stellt zugleich ein wirkliches Novum dar. Bereits Anfang der 1950er Jahre erklärte die DDR-Regierung die Integration der „Umsiedler“ – wie die Vertriebenen im DDR-Sprachgebrauch hießen – für abgeschlossen; die Vertriebenen verschwanden zeitgleich aus allen offiziellen Statistiken, was eine Rekonstruktion für die Folgezeit erschwerte. „Umsiedler“ war ein Begriff, der von der SED und den Sowjets zur Verharmlosung des Vertreibungsvorgangs eingeführt wurde, womit man den Vertriebenen jegliche Rückkehrhoffnungen nehmen wollte. Amos meint zu Recht, der Terminus sei zudem „extrem verharmlosend, beschönigend und entsprach nicht den realen Tatsachen und Abläufen.“ Den betroffenen „Umsiedlern“ mutete er eine „erhebliche sprachpolitische Vergewaltigung ihrer Erinnerungen zu.“ (18) Doch blieb das Thema virulent, was schon bei den Dimensionen des Vertriebenenproblems nicht überrascht: Sie machten insgesamt ein Viertel, in Mecklenburg-Vorpommern sogar knapp die Hälfte der Bevölkerung aus. Von Anfang an verfolgte man ein „striktes Assimilationskonzept“, zugleich wurde die Vertriebenenproblematik „aus der DDR-Öffentlichkeit verdrängt, verschwiegen, tabuisiert.“ (9)

Heike Amos untersucht die Politik- und Gesellschaftsbereiche, in denen sich die SED-Führung trotz ideologischer Negierung gezwungen sah, sich dem Thema zu stellen. Ferner zeigt sie, in welchen Bereichen die SED die Vertriebenenproblematik schwerpunktmäßig wahrnahm und sich zum Handeln veranlasst sah. Die Kontakte der Vertriebenen in der DDR mit Landsleuten im Westen, die

Suche nach sozialen Bindungen aus der alten Heimat und die Teilnahme an westdeutschen Heimattreffen wurden von der DDR als „sicherheitspolitisches Problem“ (12) wahrgenommen und vom DDR-Repressionsapparat – das MfS, Polizei und Justiz – kontrolliert und weitgehend behindert (12). Des Weiteren untersucht die Autorin die Frage der verbliebenen Deutschen in ihren alten Heimatgebieten und die Politik der DDR in dieser Frage. Ein letzter wichtiger Punkt bildet die Wahrnehmung der westdeutschen Vertriebenenverbände und die SED-Revanchismus-Kampagnen der 1960 und 1970er Jahre, die die internationale Anerkennung der DDR beschleunigen sollten.

Nur einige Punkte seien hier vertiefend skizziert. Es gelang der SED nicht, ihre Revanchismuskampagnen mit den kommunistischen Parteien in Polen, ČSSR oder Ungarn in Einklang zu bringen. Dort war man gewohnt, weiterhin national zu denken, was der SED-Spitze versagt blieb. Internationale Anerkennung versprach man sich nur, wenn sich die DDR als „sozialistischer deutscher Friedensstaat“ gegen die Bundesrepublik abzuheben vermochte. Bei den östlichen Nachbarn misstraute man der SED, weil sie zu dogmatisch und ideologisch war sowie stets zu eng mit der UdSSR kooperierte. Amos stellt dazu fest: „Die SED bezichtigte die Politiker aus Warschau und Prag wiederholt, die ‚Revanchismusgefahr aus Westdeutschland‘ zu unterschätzen, während die Polen, die Tschechen und Slowaken den Ostdeutschen ein überzogenes ‚westdeutsches Revanchismus-Trauma‘ unterstellten.“ (188)

Von 1990 bis 2000 stellten rund 1,38 Millionen ehemalige DDR-Bürger einen Antrag nach dem Vertriebenen-zuwendungsgesetz: Das allein zeigt, dass die DDR-Politik der totalen Tabuisierung gescheitert war. Heike Amos betont zu Recht, dass die „verfrühte Einstellung spezifischer Integrationsförderung“ sowie die „Tabuisierung des Vertriebenenstatus“ auch damit zusammenhing, dass SED und einheimische Bevölkerung durchaus alte Vorurteile hegten und nicht bereit waren, finanzielle Mittel als „Anerkennung für einen besonders gravierenden Verlust durch Flucht und Vertreibung aufzubringen.“ (256) Daher übersah die SED auch stets, dass sie ihr eigenes Vertriebenenproblem durch Tabuisierung und Repression schuf, obwohl sie die Fehler nicht bei sich sah, sondern allein dem bundesrepublikanischen „Revanchismus“ zuschrieb. Für Selbstkritik war in der SED-Riege kein Platz, schon gar nicht Verständnis, verstärkt durch ein ideologisch verordnetes Schweigen. Obwohl jede Form von Zusammenkünften verboten war, trafen sich Vertriebene überall, meist durch Mund-zu-Mund-Propaganda verbreitet. Vertriebenentreffen, insbesondere in Westberlin, wurden von Informanten dokumentiert. Zum „Tag der Heimat“ am 4. September 1960 in der Berliner „Waldbühne“ hatte das MfS 124 „Geheime Informatoren“ (GI) rekrutiert.

Die Revanchismuskampagnen sowie die Schaffung der Termini „Revanchisten“ und „Ewiggestrige“ gingen von der Hauptabteilung XX der DDR-Staatssicherheit und dem SED-Chefideologen Albert Norden aus. Teile der westdeutschen Öffentlichkeit übernahmen fortan diese Terminologie. In den 1960er und beginnenden 1970er Jahren erlebten die SED-Revanchismuskampagnen ihre Blüte, wobei sie die DDR außenpolitisch stabilisieren und auch in Abgrenzung zur Bundesrepublik „herrschaftslegitimierend“ wirken sollten. In ihren Kampagnen richtete sich die SED unterschiedslos gegen Union und SPD, schoss sich aber insbesondere auf den BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch ein, der als alter sudetendeutscher Sozialdemokrat vor den Nationalsozialisten 1938 nach England floh und 1949 aus dem Exil in die Bundesrepublik kam. Jaksch wurde „zu einem Zielobjekt einer diffamierenden persönlichen Revanchismus-Kampagne, die zwischen 1959 und 1969 lief“, wobei man ihn, den erklärten Gegner des Nationalsozialismus und Emigranten zum „Heim-ins-Reich-Krieger“ oder „Volk-ohne-Raum-Ideologen“ machte, ja sogar „Jaksch auf Goebbels Spuren“ titulierte (260). Die Revanchismuskampagnen gingen erst zurück, als die DDR mit der sozialliberalen Ostpolitik ihre internationale Anerkennung gefestigt sah und erlebten mit der Ära Kohl noch einmal eine Neuauflage, die bis zum Ende der DDR anhalten sollte.

Klar wird, dass während der gesamten Existenz der DDR die Vertriebenenfrage virulent blieb; die radikale Assimilationspolitik der SED war gescheitert. Integration konnte man nicht verordnen. Heike Amos schildert souverän die Geschichte einer Tragödie, die – nur weil sie ideologisch nicht passte – nicht aufgearbeitet werden durfte, eine Tragödie auch von Tabuisierung, verordnetem Schweigen und Verdrängung, von Missverständnissen und Vorurteilen. Dieses Buch ist wichtig, denn es nimmt die gesamte Geschichte der DDR in den Blickpunkt. Ein bahnbrechendes Buch, Heike Amos muss man lesen: Eine aufklärerische Studie, ein wissenschaftliches Plädoyer gegen totalitäre Engstirnigkeit.

Anmerkung

- [1] Vgl. insbesondere seine monumentale Arbeit: Michael Schwartz: Vertriebene und ‚Umsiedlerpolitik‘. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 61), München 2004.

Stefanie Michaela Baumann: Menschenversuche und Wiedergutmachung. Der lange Streit um Entschädigung und Anerkennung der Opfer nationalsozialistischer Humanexperimente (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 98), München: Oldenbourg 2009, 217 S., ISBN 978-3-486-58951-1, EUR 24,80

Rezensiert von Ralf Forsbach

Bonn

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 5

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/05/16210.html>



Mit größerer Entfernung zu den Medizinverbrechen der NS-Diktatur wächst das Unverständnis über die zögerlichen, unzureichenden oder völlig ausgebliebenen Versuche nach 1945, den Opfern zu helfen. Wie mit ihnen nicht zuletzt vonseiten der Behörden der Bundesrepublik Deutschland umgegangen wurde, wird von jungen Geschichtsstudierenden häufig ebenso intensiv thematisiert wie die Frage nach den eigentlichen Verbrechen. Dabei ist es schwierig, aus der zahlreichen, aber entweder allgemeinen (Hans Günter Hockerts, Constantin Goschler) oder sehr speziellen und teilweise interessegeleiteten Literatur (Susanna-Sophia Spiliotis) ein dem Thema angemessenes Gesamtbild zu entwickeln. So war es ein Desiderat, aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive zu diesem Komplex eine fundierte Darstellung zu verfassen, die vom Nürnberger Ärzteprozess 1946/47 bis zur Arbeit der 2000 gegründeten „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ reicht. Stefanie Michaela Baumann hat mit ihrer bei Hans Günter Hockerts in München entstandenen Dissertation

diese Lücke geschlossen.

Mit semantisch-moralischen Fragen mag sich Baumann nicht intensiv befassen. Hinsichtlich des von ihr ohne distanzierende Satzzeichen benutzten Begriffs „Wiedergutmachung“ meint sie, „dass wir auf diesen längst eingeführten Fachterminus angewiesen sind, da Begriffe wie Entschädigung oder Rückerstattung eher im juristischen Kontext verwendet werden.“ (15) Auch Baumann weiß, wie wenig die Qualen medizinischer Verbrechen „wiedergutzumachen“ oder zu „entschädigen“ sind. Im Vordergrund des Interesses stehen für sie jedoch die den heutigen Betrachter immer wieder fassungslos machenden Reaktionen der deutschen Verwaltung auf Anträge, erlittenes Unrecht anzuerkennen. Dabei will sie dem Eindruck entgegenwirken, die Geschichte der „Wiedergutmachung“ sei eine einzige „chronique scandaleuse“, die einem „Kleinkrieg gegen die Opfer“ (Christian Pross) gleichkomme (14). Um es vorwegzunehmen: Der Autorin gelingt es, die Handlungsabläufe und die Mentalitäten innerhalb der agierenden Behörden zu veranschaulichen, am Gesamteindruck einer misslungenen Politik gegenüber den von NS-Medizinverbrechen Betroffenen ändert das nichts.

Viele Opfer der NS-Medizinverbrechen hätten materielle Hilfe angesichts des erlittenen psychischen und physischen, oft die Erwerbsmöglichkeiten mindernden Leids gut gebrauchen können, doch einer Großzahl von ihnen war eine erkennbare Aufrichtigkeit im Handeln der Rechtsnachfolger ihrer früheren Peiniger mindestens ebenso wichtig. Ein Beschluss der Bundesregierung von 1951 erkannte zwar die moralische Verpflichtung an, auch im Ausland lebenden Opfern „von Menschenversuchen“ eine „wirksame Hilfe zuteil werden zu lassen“, beschränkte sie jedoch zugleich auf besondere Notfälle (57). Die Opfer wurden zu Antragstellern, die „ex caritate“ im Einzelfall Zahlungen erhielten, über deren Höhe das Bundesfinanzministerium in eigenem Ermessen entschied (59). Wie

dieses Verfahren auf Betroffene wirken konnte, macht Baumann durch ein Zitat aus dem Brief einer Niederländerin deutlich, die bei Sterilisierungsexperimenten im KZ Auschwitz misshandelt worden war. Sie schrieb 1952 an das Bonner Finanzministerium: „Wir hatten eine ‚Geste‘ erwartet, ein Schmerzensgeld für das große körperliche und moralische Leid, das Ihre vorige Regierung uns angetan hat. Vielleicht hätten Sie dann in den Augen der Welt eine Haltung gefunden, von der man hätte sagen können: Schaut, die neue Regierung begreift es wenigstens und versucht zu mildern, was ihre Vorgänger sträflich angerichtet haben – keine Gunst, sondern schlichtweg eine Tat.“ (9)

Opfer, die in Osteuropa lebten, erfuhren bis 1960 keinerlei Hilfe durch die Bundesrepublik Deutschland. Das Angebot der Vereinten Nationen, das Problem der nicht bestehenden diplomatischen Beziehungen zu umgehen, wurde ausgeschlagen. Mochten für dieses Verhalten die Ursachen in der internationalen Politik gelegen haben, so verlangt die generell zögerliche Behandlung von Anträgen auf materielle Hilfen nach anderen Erklärungen. Baumann erinnert in diesem Zusammenhang an die „asymmetrische Beziehung zwischen den Opfern und denen, die ihr Schicksal zu verwalten hatten.“ (190) Den einen ging es um Gerechtigkeit und würdevollen Umgang, die anderen operierten „in einem bürokratischen System“, in dem eine „Würdigung der Opfer“ nicht vorgesehen war, erst recht keine „seelsorgerische Betreuung von zerbrochenen Menschen.“ (190) Darüber hinaus waren viele Sachbearbeiter mit der moralischen Dimension ihrer Arbeit schlichtweg überfordert. Das notwendige historische Wissen hätte zwar in den meisten Fällen bereits abgerufen werden können, doch war der „diskursive und erinnerungspolitische Rahmen“ noch nicht hergestellt (190).

Das Problembewusstsein war nicht nur in Politik und Verwaltung schwach ausgeprägt, auf breiter Linie versagten auch die medizinischen Gutachter, die – dem Stand der Wissenschaft oft hinterherhinkend – insbesondere die psychischen Folgen vernachlässigten. Vor allem in den fünfziger Jahren wirkte eine Grundsatzentscheidung des Reichsversicherungsamts von 1926 nach, der zufolge Neurosen nicht rentenpflichtig seien. Viele Wissenschaftler stellten die NS-Opfer in eine Reihe mit den zu „Kriegszitterern“ stigmatisierten Soldaten, deren im Ersten Weltkrieg erlittene Neurosen noch immer eher mit „Feigheit vor dem Feind“ und einem Erbetteln von Renten assoziiert wurden als mit einer behandlungsbedürftigen Erkrankung (93). Baumann sieht „die ignorante Haltung der deutschen Mediziner gegenüber den Leiden der Verfolgten“ gestützt durch die deutsche Rechtsprechung (95). Sie folgte beispielsweise bei Differenzen zwischen im Ausland und in Deutschland erstellten medizinischen Gutachten den in der Regel methodisch unzulänglichen und für die Betroffenen ungünstigeren deutschen, nicht selten selbst durch die NS-Geschichte belasteten Sachverständigen. Dies bedeutete in der Konsequenz, dass selbst die überlebenden Opfer der Zwillingsversuche von Josef Mengele in Auschwitz erst Mitte der achtziger Jahre auf Zahlungen rechnen konnten.

Die Zumutungen für die Opfer reichen bis nahe an die Gegenwart. Baumanns Buch schließt mit einer Würdigung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die zwar finanzielle Hilfe nicht mehr von – oft kaum zu erbringenden – harten Beweisen für erlittenes Unrecht abhängig machte, sondern dem Prinzip der „Glaubhaftmachung“ folgte. Wer aber die Leistungen in Anspruch nehmen wollte, musste einem Verzicht auf weitergehende Ansprüche zustimmen. Zyniker sprachen von der „Endlösung der Entschädigungsfrage“, moderate Beobachter von einer „unvollkommenen Gerechtigkeit.“ (187)

Stefanie Michaela Baumanns empfehlenswerte und ausgezeichnet lesbare Studie basiert nicht zuletzt auf der Auswertung wichtiger unveröffentlichter Quellen aus den Akten von Bundesfinanzministerium, Bundeskanzleramt und Auswärtigem Amt, sodass sie vieles bisher lediglich Vermutete eindeutig belegen kann. Nur eingeschränkt hilfreich ist das Personenregister, das im Text erwähnte Autoren unberücksichtigt lässt und somit wichtige Diskursbeteiligte wie Stuart Eizenstat ausschließt.

Volker Dahm/Albert A. Feiber/Hartmut Mehringer/Horst Möller (Hrsg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich (= Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte zur Dokumentation Obersalzberg), 5., vollst. überarb. u. erw. Aufl., München: Institut für Zeitgeschichte 2008, 831 S., 721 Abb., ISBN 978-3-9807890-7-3, EUR 21,95

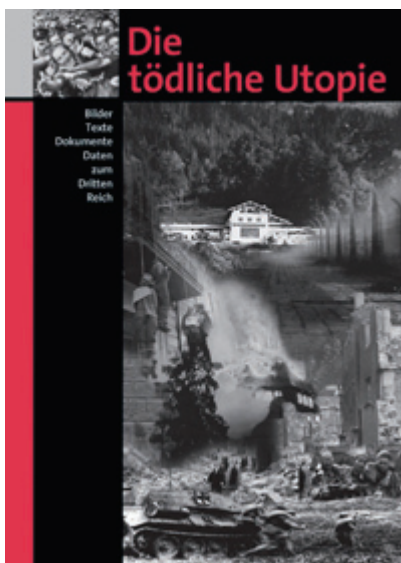
Rezensiert von Alan E. Steinweis

University of Vermont

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 9

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/09/18732.html>



The volume under review is the new edition of the catalog designed to accompany the historical exhibition at the Obersalzberg documentation center administered by the Institut für Zeitgeschichte. The volume updates and considerably expands the original edition of 1999. It is profusely illustrated with photographs, document facsimiles, chronological tables, and maps. It also features several essays that have been organized thematically. The authors of the essays are accomplished scholars in the field, but the book, like the exhibition it accompanies, is intended for a broad readership, so it would be unfair to apply the standards expected for strictly scholarly publications. The volume represents a successful effort to synthesize scholarly findings on a topic of major importance, and to communicate those findings to a wide public. Although the book is designed to be a member of a “family” of products connected to the Obersalzberg exhibition, which also includes a DVD and a “didactic handbook”, the present

review is limited to the volume itself.

The most original essays in the book are those by Albert Feiber, which focus on the history of the Obersalzberg under National Socialism and after 1945 as a site of memory. In the book's longest chapter, Feiber examines Hitler's infatuation with the region, its takeover by the NS regime, its transformation into a *Sperrgebiet* for the Nazi leadership, and its instrumentalization for propaganda associated with the *Führer cult*. In the volume's final chapter, Feiber brings the story up to date, describing how the former Hitler retreat was occupied by American troops, and how the area around it later developed into a center for “Hitler merchandising”. Although the Obersalzberg can in no way be considered a typical or representative region, Feiber's essays constitute an important contribution to the literature of local studies of National Socialism.

The remaining essays deal with themes that are more familiar, but are valuable as summaries of important subjects by influential scholars. Horst Möller's examination of the collapse of the Weimar Republic focuses mainly on political developments. The essay is engagingly written and richly textured, although I would suggest that the author consider three revisions for the next edition. First, the essay rightly points out that German democracy was destabilized by political radicalism on the extreme left as well as on the extreme right, but it could have said more about the power of reactionary elites over a number of German institutions. Second, the essay correctly points out that the Treaty of Versailles was despised across the German political spectrum, but it could have done more to explain that many of the German objections to the peace settlement were based on an exaggerated sense of its severity, and reflected the frustrations of a nation unable to cope with defeat in a war it had unleashed. Third, the essay has relatively little to say about social and cultural developments

during Weimar, and surely some of the dissatisfaction with Weimar stemmed from opposition to women's rights, homosexuality, and other perceived threats to tradition.

In the essay contributed by Hans Günter Hockerts, the central themes are the *Führer* myth and the *Führer* cult. While important to any examination of National Socialism, these topics are especially central here because of the Obersalzberg connection. Hockerts describes some of the key components of the cult, such as the annual ritual commemoration of the 1923 putsch on November 9, but the real value of the essay lies in the effectiveness with which it argues that the cult around Hitler was an integral feature of the Nazi system of government. It helped to consolidate dictatorial rule, repress democratic tendencies, and secure popular legitimacy for the regime. In making this argument, Hockerts invokes Frank Bajohr's concept of the *Zustimmungsdictatur* to very positive effect.

The concept of *Volksgemeinschaft* is at the core of the first of Volker Dahm's two essays. Dahm treats the concept not as a reality of the years 1933 to 1945, but rather as a product of Nazi ideology and propaganda. The essay is organized around the mass organizations of the era: NSDAP, DAF, KdF, RKK, *Reichsnährstand*, NSV, HJ, and RAD. The *NS-Frauenschaft*, and, more broadly, a systematic treatment of women, is absent. Dahm describes some of the material and psychological accomplishments of these organizations, but is careful to point out that they functioned fundamentally as agents of "inclusion and exclusion" in a society that was intended to be based on racial hierarchies. One recommendation I would make to the editors is that this essay be placed earlier in future editions of the volumes. In the current text, Dahm's examination of Nazi racial ideology, which is absolutely foundational for the entire book, does not appear until page 213.

Dahm's second essay deals with the Nazi regime's apparatus of terror. It traces the development of the police, the Gestapo, the SS, and the concentration camp system, and features a useful discussion of the concepts of *Schutzhaft* and *Vorbeugehaft*. Dahm emphasizes the very large number of people who were connected to this apparatus in one way or another. A further virtue of the essay is that it effectively dispenses with the legend that most Germans were coerced into cooperating with the regime. This is an especially important point in a book that is intended for a wide audience. Dahm's discussion of recent scholarly findings about how the police state – an especially the Gestapo – actually functioned is very well done.

Racial policy, anti-Jewish policy, and genocide are the subjects of Dieter Pohl's essay. Although it deals with "Gypsies", the disabled, and other groups targeted by the regime, the essay focuses mainly on Jews. Very much on display here is the nuance, precision, and attention to detail that is characteristic of Pohl's scholarship. My one criticism is that the essay focuses overwhelmingly on the period after September 1, 1939. While the atrocities of the wartime period are discussed over 15 pages, only three pages are devoted to the pre-war period. Thus, for example, the November 1938 pogrom – an event that was not only pivotal at the time, but which has continued to feature prominently in collective German memory of the persecution of the Jews – is relegated to a single paragraph. If I may make yet another suggestion for revisions for a future edition, it might make sense to supplement Pohl's otherwise very fine essay with a new article that concentrates on racial policy before 1939.

Hartmut Mehringer's essay offers a well-balanced treatment of resistance to National Socialist rule. It does not suffer from the all-too-common overemphasis on the July 20th conspirators, but instead provides good coverage of resistance activities among Communists, among prisoners in concentration camps, and elsewhere in German society. The essay also discusses Germans who engaged in anti-Nazi opposition from exile. While those who resisted in one form another deserve historical recognition, Mehringer rightly warns against overstating the extent of active opposition the regime. Those who resisted, he points out, formed "a tiny minority" of the population.

Christoph Studt's essay on foreign policy underscores the ideological basis of Hitler's goals, which focused on race and *Lebensraum*. Revision of the post-World War I peace settlement served as a cover for territorial aspirations that extended far into the East. Studt also argues – correctly, in my opinion – that Hitler was the driving force in European international affairs, while other European leaders, such as Chamberlain, Mussolini, and Stalin, were placed mainly in the position of having to react to German initiatives and actions. Hitler understood from an early point that his goals could not be attained peacefully. Beginning far earlier than his counterparts around Europe, he operated on the assumption that war was inevitable, and thus would require preparation on a number of levels.

The essay on the war itself is contributed by Christian Hartmann, who also emphasizes ideological considerations. Violence, Hartmann points out, was a central feature of the Nazi mentality in general, and the war of annihilation prosecuted by Germany can be considered a logical culmination of Nazi rule. Hartmann underscores the participation in atrocities by members of the *Wehrmacht*, and tries to explain how this was the product of a complex set of historical factors, not the least important of which were ideological indoctrination and socialization after 1933. Hartmann also takes pains to avoid a blanket condemnation of the millions of soldiers who fought in the *Wehrmacht*, most of whom were not directly involved in atrocities. This nuanced position is to be commended in a volume targeted at a broad readership in a society in which the crimes of the *Wehrmacht* remains a polarizing subject.

Lest the reader receive an inaccurate impression of this volume, it should be emphasized that the essays described above account for less than half of the text. The book is dominated by its visual materials, which are reproduced in high resolution and in color. The didactic impact of the volume on its intended audience may well depend more on the images than on the essays. A reality of today's world is that many people prefer to learn history from colorfully illustrated books than from actual scholarship. We can perhaps hope that many of those who purchase *Die tödliche Utopie* during a visit to the Obersalzberg exhibition will ultimately be tempted to read the fine essays that interrupt the pictures.

Amit Das Gupta/Tim Geiger/Matthias Peter/Fabian Hilfrich/Mechthild Lindemann (Bearb.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik 1977. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München: Oldenbourg 2008, 2 Bde., LXXXV + 1968 S., ISBN 978-3-486-58338-0, EUR 138,00

Daniela Taschler/Amit Das Gupta/Michael Mayer (Bearb.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik 1978. Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München: Oldenbourg 2009, 2 Bde., LXXXIV + 2108 S., ISBN 978-3-486-58729-6, EUR 138,00

Rezensiert von Andreas Rödder

Historisches Seminar, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 4

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/04/15595.html>

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1977/1978



Dass die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig unmittelbar nach Ablauf der Dreißig-Jahres-Sperrfrist erscheinen, lässt allzu leicht den Umfang und den Aufwand dieses editorischen Unternehmens vergessen. Er erschließt sich allerdings bei einem Blick in das Verzeichnis und die Regesten der Dokumente – 379 Stücke aus dem Auswärtigen Amt, ergänzt um Gesprächsaufzeichnungen des Bundeskanzlers, sind es für das Jahr 1977, 403 für das Jahr 1978 –, oder in die detaillierten Personen- und vor allem Sachregister. Sie offenbaren die Fülle von Themen, die sich in diesen Bänden niederschlagen und die zugleich der Kommentierung bedürfen, die der Forschung einmal mehr auf hohem Niveau zur Verfügung gestellt wird.

Die Gegenstände reichen von der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie bis zur Einbeziehung Westberlins in ein Fischereiabkommen zwischen der EG und der Sowjetunion, von einer Petition des

Historikerverbandes zur Fortführung der Edition der ADAP über ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt mit Papst Paul VI., in dem es auch um den neu ernannten Erzbischof von München-Freising, Joseph Ratzinger, ging, bis zu den erheblichen Irritationen im deutschen Episkopat um die (schließlich nicht realisierten) Pläne des Vatikans, die Bistumsgrenzen in Deutschland den Gegebenheiten der deutschen Teilung anzupassen. Im Vordergrund dieser beiden Jahre, die nicht nur chronologisch im Zentrum der Kanzlerschaft Helmut Schmidts liegen, stehen freilich der Terrorismus 1977, das Europäische Währungssystem sowie vor allem die Sicherheitspolitik.

Der „deutsche Herbst“ hinterließ in den Akten des Auswärtigen Amtes nur vereinzelte Spuren, soweit es um die internationale Dimension des Terrorismus ging, während die internen Lageberichte der Krisenstäbe nicht zu diesem Fonds gehören. Aus den Beständen Helmut Schmidts stammt immerhin die Aufzeichnung eines Telefongesprächs mit dem französischen Präsidenten Giscard d'Estaing am 13. September 1977, acht Tage nach der Entführung Hanns Martin Schleyers, in dem Schmidt berichtete, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik befinde sich „in einem ‚schrecklichen Zustand‘. Von allen Seiten, sogar von Politikern werde von ihm verlangt, Geiselschießun-

gen an inhaftierten Terroristen vorzunehmen. Er wolle aber keinen Zweifel daran lassen, dass er die Verfassung und die Rechtsordnung strikt einhalten werde. Er stünde aber unter starkem Druck, überwiegend seitens der Opposition, aber auch aus dem eigenen Lager und aus weiten Kreisen parteipolitisch nicht gebundener Bürger.“ (AAPD 1977, Dok. 242)



Zur selben Zeit baute sich innerhalb des westlichen Bündnisses ein Problem auf, das 1978 in einem wahren Desaster endete: die Frage der Stationierung der Neutronenbombe. Diese neue Waffe zeichnete sich vor allem durch eine „Ver-ringerung von Kollateralschäden“ und somit durch eine treffgenauere Einsatzfähigkeit aus. Im Verteidigungsministerium und im Auswärtigen Amt wurde sie als „Verstärkung der Abschreckungs- und Verteidigungskraft der NATO“ gewertet (AAPD 1977, Dok. 232), und der Bundessicherheitsrat beschloss, ihre Stationierung in der Bundesrepublik zuzulassen (AAPD 1978, Dok. 23 Anm. 3). Allerdings stieß diese Waffe auf vielfältige Widerstände in der politischen Öffentlichkeit; von einem „Symbol der Perversion des Denkens“ sprach etwa Erhard Eppler im *Vorwärts*, weil sie materielle Gegenstände schone, während sie Menschen tötete. Die europäischen NATO-Regierungen schienen, so der deutsche NATO-Botschafter Ende September 1977, überwiegend „die militärische Wünschbarkeit der Einführung der Neutronenwaffe anzuerkennen. Es

ist jedoch deutlich, daß sie den Grad ihres Mitwirkens bei der Entscheidung durch vorgeschobene politische Gründe einzudämmen beabsichtigen.“ (AAPD 1977, Dok. 243 Anm. 24)

Die Entscheidung über die Produktion lag unterdessen allein bei der US-amerikanischen Regierung und somit bei Jimmy Carter, der im Januar 1977 die Präsidentschaft übernommen hatte. Der Unterschied zu seinem Vorgänger spiegelte sich auch im Unterschied zwischen den beiden führenden außenpolitischen Köpfen, wie ihn der Bonner Botschafter in Washington im September 1977 einschätzte: Auf Henry Kissinger, den pessimistischen „Gleichgewichtspolitiker“, der vor allem die Stabilisierung des Status quo betrieb, war mit Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski ein optimistischer Befürworter des Wandels gefolgt. „Er glaubt, kurz gesagt, daß die USA in einer sich wandelnden Welt in Führung gehen sollten [...]. Das brillante, intellektuelle, aber auch ambitionöse, ungeduldige, zum Theoretischen neigende und gelegentlich ‚changierende‘ Denken Brzezinskis findet kein ausreichendes Korrektiv im Felde umsichtiger, weitschauender, empirischer und geduldiger diplomatischer Aktion.“ (AAPD 1977, Dok. 252)

Nach langen Diskussionen in den Mitgliedsstaaten und nach etlichem Hin und Her innerhalb des Bündnisses ließ Carter dann Ende März 1978, nicht zuletzt unter Verweis auf die öffentliche Kritik, durch den stellvertretenden Außenminister ausrichten, „die Neutronenwaffe nicht herzustellen.“ (AAPD 1978, Dok. 92) Die protokollarischen Formulierungen von Schmidts „Erstaunen“ (AAPD 1978, Dok. 93) über die „Irritationen“ vermochten kaum zu camouflieren, dass er außer sich über den amerikanischen Präsidenten war: „Er habe“ – so der Bundeskanzler gegenüber dem amerikanischen Botschafter – „bei der Behandlung der Neutronenwaffe sein Äußerstes getan, um zu einer einvernehmlichen Haltung mit den USA zu kommen. Er sei dabei so weit gegangen, daß er sein persönliches Einvernehmen mit Brandt und Wehner aufs Spiel gesetzt habe. [...] Er habe gestern abend Brandt über die neue Lage unterrichtet und ihn gebeten, keinen falschen Applaus zu spenden.“ (AAPD 1978, Dok. 94)

Während sich auch der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Haig, gegenüber dem deutschen NATO-Botschafter „tief schockiert“ über die Entscheidung Washingtons zeigte (AAPD 1978, Dok. 103), war Schmidt in ernster Sorge um Sicherheit der Europäer. Schon am 28. Oktober 1977, wenige Tage nach dem Ende des Geiseldramas um Hanns Martin Schleyer und die ‚Landshut‘, hatte er in einer Rede vor dem Londoner International Institute for Strategic Studies gefordert, angesichts wachsender „Disparitäten militärischer Kräfte sowohl auf konventionellem als auch taktisch-nuklearem Gebiet [...] für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung)

vom 8. November 1977, 1015) Diese Rede war ein Meilenstein auf dem Weg zum NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979. Sie ist samt ihrer Entstehung in den AAPD nicht dokumentiert, macht gleichwohl die durchgängig erkennbare vorrangige Bedeutung des Bundeskanzleramts in der Außen- und vor allem der Sicherheitspolitik deutlich.

Dasselbe gilt für die europäische Währungspolitik: Im Frühjahr 1978 startete Schmidt ohne Beteiligung des Auswärtigen Amts – „wir kennen die Vorstellungen des Bundeskanzlers nicht“, hieß es in einer internen Aufzeichnung vom 21. April – eine Initiative, „durch stabilere Wechselkursverhältnisse in Europa eine stärkere Wirtschaftsexpansion zu ermöglichen.“ (AAPD 1978, Dok. 120) Das Europäische Währungssystem stand zwar zeitlich am Vorabend der ‚Eurosklrose‘ in den frühen achtziger Jahren, sachlich freilich an der Schwelle zu einem System fester Wechselkurse in Europa, das 1989 grundsätzlich beschlossen und 1999 mit dem Euro tatsächlich realisiert wurde.

Die Akten zur Auswärtigen Politik der Jahre 1977 und 1978 dokumentieren eine deutsche Politik in der Phase des Übergangs zur ökonomisch-politischen Doppelkrise an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren, auf die in den achtziger Jahren eine Phase der Transformation folgte, deren grundlegender Charakter sich erst im Nachhinein offenbarte. Die Edition der AAPD erschließt eine wissenschaftliche Goldgrube, aus der die Geschichtsschreibung in Forschung und Lehre, von der Seminararbeit bis zur Monografie, reiches Kapital schlagen kann – und sich dabei stets bewusst sein sollte, auf welcher Leistung an editorischer Grundlagenforschung sie beruht.

Joachim Samuel Eichhorn: Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966–1969) (= Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 79), München: Oldenbourg 2009, 367 S., ISBN 978-3-486-58944-3, EUR 49,80

Rezensiert von Philipp Gassert

Universität Augsburg

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 6

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/06/17448.html>



Als das Manuskript der hier zu besprechenden Arbeit im September 2008 abgeschlossen wurde (8), da amtierte in Berlin noch die zweite Große Koalition unter Angela Merkel (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD). Diese erhielt bei ihrer Auflösung ein Jahr später nur mäßige Noten. Anders ihre Vorgängerin, die erste Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD): Dieser sei, so der Autor, nicht erst ex post „das Prädikat ‚erfolgreich‘“ zuerkannt worden (10). Sie gilt als die „erfolgreichste Regierung“ der alten Bundesrepublik, ein Konsens der so beängstigend breit geworden ist, dass er eigentlich kritisch hinterfragt werden müsste. Dies aber ist nicht die Absicht des Autors, der sich dem großen Trend anschließt und die positive Einschätzung des Bündnisses Kiesinger-Brandt teilt. [1]

Wenn das zeitgenössische Echo ein Omen ist und sich das Gespann Merkel-Steinmeier in ein paar Jahrzehnten bei Historikerinnen und Historikern weniger großer Beliebtheit erfreuen wird als Kiesinger-Brandt, dann wird dies vermutlich auch damit zu tun haben, dass sich die Kriterien zur Beurteilung

des Erfolgs in der Politik seit 1969 so dramatisch verschoben haben. Die realen Möglichkeiten haben sich verschlechtert, mit nationaler Politik überhaupt „etwas zu bewegen“. Die erste Große Koalition hingegen ging noch im Hochgefühl der politischen Steuerbarkeit und Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse und Reformen ans Werk. Eventuell ist ja die vielfach anzutreffende rückblickende Verklärung der ersten Großen Koalition auch eine nostalgische Reaktion auf den Abschied vom „Machbarkeitsdenken“, der sich in den 1970er Jahren dann einstellen sollte.

In den letzten zehn Jahren ist die erste Große Koalition Gegenstand zahlreicher historischer Untersuchungen gewesen – nachdem sie eine Zeit lang als „vergessene Regierung“ apostrophiert worden war. Sie kann nun als gut erforscht gelten. Indes konzentrierten sich die meisten Arbeiten überwiegend auf einzelne Politikerpersönlichkeiten (es gibt u.a. Kiesinger-, Brandt-, Schmidt-, Wehner-, Schiller- und Schröderbiografien), auf einzelne Politikfelder (wie die Außen- und Deutschlandpolitik, die Notstandsgesetze, die Sozialpolitik) oder, wie im Falle der Maßstäbe setzenden Arbeit von Klaus Schönhoven über die Sozialdemokratie 1966 bis 1969 auf eine der beiden großen Regierungsfractionen (eine Darstellung zur CDU/CSU fehlt nach wie vor). [2] Der Autor will nun mittels einer genauen Analyse der Regierungspraxis der ersten Großen Koalition die Frage beantworten, „wie es Kiesinger sowie der von ihm und Brandt geführten Koalition gelang, die genannten Leistungen zu erbringen“ (12) und wo die Kohäsionskräfte dieses „Bündnisses auf Zeit“ lagen.

Eichhorn verknüpft eine gründliche und in jeder Beziehung erschöpfende systematische Darstellung der institutionellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen auf der offiziellen, regierungsamtlichen Ebene (Kanzleramt, Regierung, Bundestag, Bundesrat) einerseits mit einer ebenso erschöpfenden Darstellung der inoffiziellen Gremien (Kabinetts- und Koalitionsausschüsse, individu-

elle „Koalitionspaare“ wie Barzel-Schmidt, Kiesinger-Wehner, Strauß-Schiller) andererseits. Hier ersetzt die vorliegende Studie nun die frühe, lange Zeit verbindliche politikwissenschaftliche Arbeit von Heribert Knorr über den parlamentarischen Entscheidungsprozess. [3] Kommt Eichhorn gegenüber Knorr auch nicht zu revolutionär neuen Einsichten, so sind doch die detailreichen Beobachtungen und vor allem der hilfreiche Anhang, der die Sitzungen und den Teilnehmerkreis der formellen und informellen Gremien umfassend erschließt, in dieser Breite und Dichte unübertroffen.

Von der Auswahl her, auf den ersten Blick jedenfalls, leicht enttäuschend wirken die vier Fallstudien, an denen die Regierungsmechanismen exemplarisch aufgezeigt werden. Es handelt sich um die Notstandsgesetzgebung (die schon mehrfach untersucht worden ist), den nach dem damaligen Verkehrsminister benannten „Leber-Plan“, die Finanzverfassungsreform und die Kontroverse um das „Einfrieren“ der diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha (wegen Anerkennung der DDR). Die ersten drei waren zentrale Politikfelder und Reformvorhaben, wobei jedoch nur die bisher historisch nicht ausreichend analysierte Genese der Finanzverfassungsreform mit ihren den westdeutschen Bundesratsföderalismus verschärfenden unitarischen Tendenzen zu den Projekten mit langfristig strukturmodifizierender Wirkung gehörte. Man hätte bei den Fallstudien die Akzente auch anders setzen können. So ist z.B. die missglückte Wahlrechtsreform, die den heutigen Zwang zu großen Koalitionen angesichts einer sukzessiven Zersplitterung des Parteienspektrums mit Einführung des Mehrheitswahlrechts ein für alle Mal erledigt hätte, bisher nur in Ansätzen untersucht worden. Auch von der Strafrechtsreform gingen nachhaltige Impulse auf die gesellschaftliche Entwicklung der 1970er Jahre aus. Ein anderes Sample hätte unter Umständen wichtige Ergebnisse auch jenseits der engeren Geschichte der ersten Großen Koalition erbracht.

Die Kambodscha-Kontroverse als viertes Fallbeispiel hingegen wurde gewählt, um zu zeigen, wie die Streitschlichtung bis zum Ende funktionierte und dass das nachträglich oft belächelte „Kambodschieren“ letztlich unterstrich, dass die „Kunst des Kompromisses“ dominierte und die zentralen politischen Akteure letztlich nicht bereit waren, die Koalition wegen dieser doch sekundären Frage platzen zu lassen. In den die historische Wahrnehmung der Großen Koalition lange Zeit stark prägenden Erinnerungen führender Politiker ist ihr Signalcharakter oft übertrieben hoch angesetzt worden. Hier setzt Eichhorn einen wohltuenden Kontrapunkt zu langjährigen Trends der Forschung, die ex post – vor dem Hintergrund der Konflikte um die Ostverträge in den 1970er Jahren – die Kambodscha-Kontroverse überbewertet hat.

Der Autor verfolgt nicht den Anspruch, die Forschung zur politischen Geschichte der späten 1960er Jahre grundlegend zu revidieren. Er arbeitet differenziert heraus, was im Kern schon in früheren Studien angelegt war, dass von einem „einzelnen Entscheidungszentrum der Koalition“ nicht gesprochen werden könne (283). Er billigt dem Koalitionsausschuss (dem „Kressbronner Kreis“) eine zentrale Funktion zu, sieht aber auch das Kabinett durchaus als verantwortlichen Akteur, mit einer im Zeitverlauf zunehmenden Verlagerung vom Kabinett auf informelle Gremien und die Fraktionsvorsitzenden. Hier hätte man gerne erfahren, ob und bis zu welchem Grade die Phase der Großen Koalition einen Wendepunkt für eine schon zuvor einsetzende Verlagerung der Entscheidungsfindung in informelle Gremien war. Denn das Beispiel, das Kiesinger, Brandt, Barzel und Schmidt gaben, scheint Schule gemacht zu haben.

Weiterführend ist die durchgängig empirisch dichte Einarbeitung des medialen Kontexts als einer das politische Handeln der Koalitionäre massiv prägenden Determinante. Einleitend bricht Eichhorn eine Lanze für die Berücksichtigung des Faktors „Öffentlichkeit“. Tatsächlich kann er in den jeweiligen Kapiteln gut zeigen, wie sehr doch die Diskussion, vor allen in den Parteigremien, immer wieder auf das simple Kalkül zurückgeführt wurde, wer „in der Presse“ die besseren Noten erzielte und wessen Vorschläge im Volk „nun mal populär“ geworden seien, so der Kanzler mit Bezug auf den Leber-Plan (225). So verstand es nicht zuletzt Kiesinger mit Umfragewerten und dem Medienecho virtuos zu hantieren, vor allem um die eigenen Leute bei der Stange zu halten und seine unruhig gewordene Fraktion zu disziplinieren. Daher stellt die Arbeit auch eine mediengeschichtliche Fundgrube dar. Eichhorn sieht in den medialen Strategien der Parteien eine wichtige Grundbedingung für die Stabilität des Bündnisses bis zuletzt, wollte doch keine Seite die im Volk so beliebte Koalition aufs Spiel setzen und den politischen Preis dafür bezahlen (292).

Alles in allem eine gründliche, vor allem quellengesättigte und auf einer erschöpfenden Archivrecherche beruhende Arbeit, die das bestehende Schrifttum ergänzt, aber in einzelnen Aspekten (Me-

diengeschichte, Fallstudien zum Leber-Plan und zur Finanzverfassungsreform) auch neue historische (Unter-)Kapitel schreibt. Dank der hilfreichen Anhänge und der ausführlichen Quellenzitate wird eine empirisch dichte Basis für die noch fehlende Gesamtdarstellung der ersten Großen Koalition geschaffen, unter deren Dach die ungleichen Partner Kiesinger-Barzel-Strauß und Brandt-Schmidt-Wehner-Schiller für knapp drei Jahre in Bonn mehr recht als schlecht regierten.

Anmerkungen

- [1] Aus Gründen der Fairness sei angemerkt, dass auch meine eigenen Arbeiten die Erfolge der ersten Großen Koalition betonen, vgl. Philipp Gassert: Zweimal Große Koalitionen: 1966 bis 1969 und seit 2005, in: Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, hg. von Hans-Peter Schwarz, München 2008, 97-118.
- [2] Klaus Schönhoven: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969, Bonn 2004.
- [3] Heribert Knorr: Der parlamentarische Entscheidungsprozess während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluss der Koalitionsfraktionen und ihre Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975.

Stefan Grüner: Geplantes „Wirtschaftswunder“? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1949 bis 1973 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 58), München: Oldenbourg 2009, VII + 493 S., ISBN 978-3-486-56600-0, EUR 39,80

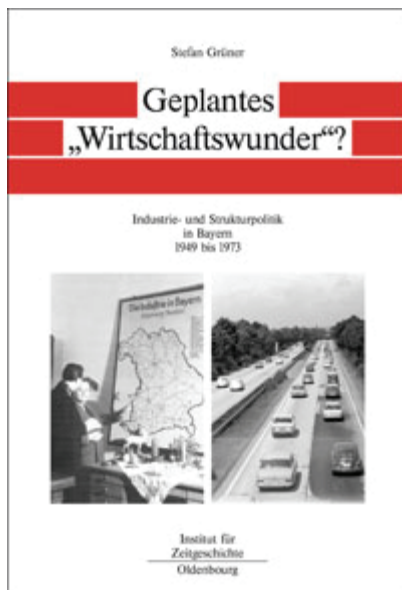
Rezensiert von Jörg Lesczenski

Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M.

Redaktionelle Betreuung: Michael C. Schneider

in: **sehepunkte** 10 (2010), Nr. 12

URL: <http://www.sehepunkte.de/2010/12/16582.html>



„Hier in Bayern hat man nur in Ochsen, Schweinen, Eiern und Milch gedacht und gelebt. Hier war es unmöglich, Arbeit aufzutreiben“ [1] – Otto Dunkel, Gründer und Eigentümer der „Firma Otto Dunkel, Fabrikationsbetrieb zur Herstellung von elektrotechnischen Geräten und Bauteilen“ in Mühldorf am Inn, setzte nach der Währungsreform vom 23. Juni 1948 keine großen Hoffnungen in das industrielle Potential Bayerns. Als Dunkel 1971 verstarb, stellte sich der Zustand der bayerischen Wirtschaft freilich ganz anders dar. Zwischen der Gründung der Bundesrepublik und der ersten Ölkrise 1973 erlebte Bayern „goldene Jahre“ mit einem außergewöhnlich hohen Wirtschaftswachstum und einem beschleunigten sozioökonomischen Strukturwandel, der das Land von einer Agrar- in eine Industrie- und Dienstleistungsregion transformierte.

Während die Zeitgenossen den raschen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik noch als ein „Wunder“ deuteten, sucht die nüchterne historische Retrospektive nach anderen

Ursachen für das „Wirtschaftswunder“. Die Theorie der „langen Wellen“, „Rekonstruktions-“, „Strukturbruch-“, und „Catch-Up-These“ heben wahlweise auf längerfristige Trends, wirtschaftspolitische Weichenstellungen oder den Import amerikanischer Technologien und Produktionsverfahren ab, um die hohen Wachstumsziffern zu erklären.

Anders als gesamtstaatliche Analysen nähert sich Stefan Grüner den Jahren ökonomischer Prosperität in seiner Habilitationsschrift aus regionalhistorischer Sicht, die Fragestellungen der Politik- und Wirtschaftsgeschichte, aber auch der Raumforschung und Wirtschaftsgeographie aufnimmt. Das Ziel der Studie ist es, „unter Konzentration auf das Politikfeld der Industrie- und Strukturpolitik [...] politisch-institutionelle Steuerungsansätze zur Lenkung des sozialökonomischen Strukturwandels“ am Beispiel Bayerns „mit Blick auf den bundesdeutschen Rahmen“ aufzuarbeiten (4). Dabei verzichtet die quellengesättigte Arbeit (u.a. werden Akten der bayerischen Staatskanzlei, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Nachlässe bayerischer Politiker herangezogen) auf einen größeren theoretisch-methodischen Überbau, da ein „umfassender Erklärungsansatz, der alle Faktoren des regional differenzierten Wirtschaftswachstums erfassen würde“, bislang fehle (8).

Die Anfänge einer ökonomischen Strukturpolitik verortet Grüner in der Flüchtlingspolitik der Nachkriegszeit. Die Integration der Vertriebenen in das Wirtschaftsleben über die „Flüchtlingsproduktivkredite“ seit dem Herbst 1947 sowie das in Politik und Verwaltung zunehmend konsensfähige Leitbild einer „dezentralen, industriell-gewerblichen Durchdringung des Landes“ (422) bildeten die Grundlagen für die bayerische Industriepolitik im folgenden Jahrzehnt. Mit der Gründung der Bundesrepublik wurde die Strukturpolitik Bayerns besonders von drei politischen Handlungsfeldern bestimmt: dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, der regionalen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der Landesplanung. Die Absicht, die westdeutsche Finanzverfassung und die regionale

Förderung des Bundes, die mit Hilfen für „Notstandsgebiete“ 1950/51 begann, tatkräftig mitzugestalten, stilisierte die bayerische Landesregierung nunmehr zu einem „Akt der Selbsterhaltung“ (203). Es war vor allem die Landesgruppe der CSU im Bundestag als gewichtige „Scharnierstelle“ (425) zwischen München und Bonn, die industriepolitischen Zielen Bayerns Gehör verschaffte und bisweilen „in der Wahl der Mittel nicht kleinlich war“ (216). So verbanden die CSU-Parlamentarier etwa 1952/53 in taktischer Gangart die Diskussion über einen „Osthilfefonds“ zugunsten Bayerns mit ihrer Zustimmung für den weiteren personellen Aufbau des Bundesgrenzschutzes. Innerhalb Bayerns setzte die Landesregierung im Laufe der 1950er-Jahre überdies mit der Landesplanung auf ein weiteres Instrument, um den wirtschaftsstrukturellen Wandel zu steuern. Die Landesplanungsstelle im bayerischen Wirtschaftsministerium bot u.a. privaten Unternehmen vielfältige Dienstleistungen an und informierte z.B. über die örtlichen Arbeitsmärkte, verfügbare Gewerbeflächen und/ oder staatliche Kreditförderungen.

Als eine signifikante Zäsur der sozialökonomischen Entwicklung stellt Grüner die Zeitspanne zwischen den späten 1960er- und den beginnenden 1970er-Jahren heraus. Der Zuwachs des Bruttoinlandprodukts in Bayern übertraf erstmals den Bundesdurchschnitt und verstetigte sich in der neuen Dekade auf hohem Niveau. Seine Position als „Nachzügler im Wirtschaftswunder“ (157) ließ Bayern immer deutlicher hinter sich. Dennoch blieb das Bundesland – auch nach der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 – unverändert ein bevorzugtes Objekt bundesstaatlicher Regionalprogramme (zwischen 1960 und 1970 brachte der Bund 44,8 Prozent aller Fördermittel auf, die in Bayern ausgegeben wurden).

Die Strukturpolitik und der Weg der bayerischen Wirtschaft wurden neben den Hilfen aus Bonn und den regionalen Planungsinitiativen maßgeblich von gesamtstaatlichen ökonomischen Trends sowie historischen Pfadabhängigkeiten mitbestimmt. Ohne die Zuwanderung von Arbeitssuchenden aus den Krisenregionen an Rhein und Ruhr, ohne die Entscheidung „expansionswilliger westdeutscher Unternehmer“ (306), im Zeichen der Vollbeschäftigung Zweigbetriebe im Süden zu errichten und ihren Bedarf an Arbeitskräften im süddeutschen Raum zu befriedigen, und ohne die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die bayerischen Mittelständlern auch durch den Einfluss des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Strauß Beschaffungsaufträge einbrachte, hätte sich Bayern kaum zu einer blühenden (Industrie-) Landschaft entwickelt. Darüber hinaus profitierte die Region von einem längerfristigen „Transfer ökonomischer Standortpotentiale zugunsten des Südens“ (17), der bereits in der Zwischenkriegszeit einsetzte und namentlich in Bayern zu überdurchschnittlichen Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens führte.

Die einzelnen Phasen der bayerischen Industrie- und Strukturpolitik, ihre Ziele und die Versuche, ihre Inhalte in Bonn durchzusetzen, arbeitet Stefan Grüner aus den Quellen stringent heraus – und dennoch fällt die Antwort auf die Leitfrage – „Geplantes Wirtschaftswunder? „ – am Ende eher blass aus, was weniger in der Argumentationsführung, sondern gewissermaßen in der Natur des Untersuchungsgegenstands begründet liegt. Wie der Autor einräumt, ist es methodisch nicht möglich „eine theoriegestützte, gleichsam naturwissenschaftlich-präzise Bewertung der Effekte staatlichen Handelns“ (9) anzubieten. Die „Wirkungstiefe strukturpolitischen Handelns“ (429), z.B. auf die fortschreitende Industrialisierung des Landes, lässt sich allenfalls indirekt herleiten. So vermutet Grüner etwa plausibel, dass der Wert strukturpolitischer Maßnahmen für die gewerbliche Durchdringung Bayerns vor allem in der „allgemeineren infrastrukturellen Erschließung des Landes“ (318) gelegen habe.

Wünschenswert wäre es gewesen, die Ergebnisse der Fallstudie mit den eingangs erwähnten makrohistorischen Erklärungsversuchen des „Wirtschaftswunders“ in Beziehung zu setzen: Welche theoretischen Zugriffe werden durch die regionalhistorische Perspektive gestützt? Lässt sich die „Wiederaufnahme und Fortsetzung von bereits beschrittenen Entwicklungspfaden“ (22) nach 1945 in Bayern als eine Bestätigung der „Rekonstruktionsthese“ interpretieren? Wünschenswert ist es allerdings auch, dass der Studie Grüners weitere Arbeiten folgen, die sich ebenso fundiert der Industrie- und Strukturpolitik in der Bundesrepublik annehmen.

Anmerkung

- [1] ODU Steckverbindungssysteme GmbH & Co. KG, Otto Dunkel GmbH, Mühldorf am Inn, Quellen- und Materialsammlung: Otto Dunkel, Leben und Erleben eines deutschen Menschen seit 1891, Bd. 2, Mühldorf am Inn, o.J., 117.

Christian Hartmann: Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 75), München: Oldenbourg 2009, 928 S., ISBN 978-3-486-58064-8, EUR 59,80

Dieter Pohl: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941–1944 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 71), München: Oldenbourg 2008, IX + 399 S., ISBN 978-3-486-58065-5, EUR 39,80

Christian Hartmann/Johannes Hürter/Peter Lieb/Dieter Pohl: Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944. Facetten einer Grenzüberschreitung (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 76), München: Oldenbourg 2009, IX + 404 S., ISBN 978-3-486-59138-5, EUR 29,80

Rezensiert von Roman Töppel
München

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 7/8

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/07/17107.html>

Wehrmacht in der NS-Diktatur



Die hier zu besprechenden Bände sind alle im Rahmen des Projekts „Wehrmacht in der NS-Diktatur“ des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin entstanden. Das Projekt wurde 1999 vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst bewilligt und hat in den zehn Jahren seines Bestehens eine Vielzahl von Veröffentlichungen hervorgebracht, darunter vier Monografien, die sich mit der Frage der Verantwortung der Wehrmacht und ihrer Angehörigen für Krieg und Verbrechen beschäftigen. [1]

Christian Hartmann untersucht in seinem Buch Strukturen der Wehrmacht und ihres Einsatzes, und zwar am Beispiel von fünf Divisionen, die er als repräsentativ für das Ostheer bzw. als „Prototypen der deutschen Landstreitkräfte“ ansieht (241). Sein Sample umfasst die 4. Panzerdivision, einen Eliterverband des deutschen Heeres, die 45. Infanteriedivision, eine „infanteristische Durchschnittsdivision“, sowie die 296. Infanteriedivision, einen weniger schlagkräftigen Kampfverband, der erst während des Krieges aufgestellt worden war.

Hinzu kommen zwei Besatzungsverbände, und zwar ein „frontnaher“, der im unmittelbaren Hinterland der Front zum Einsatz kam (Korück 580), und ein „frontferner“, der die rückwärtigen Gebiete der Heeresgruppe Mitte sichern sollte (221. Sicherungsdivision).

Detailliert stellt Hartmann zunächst die fünf Verbände seines Samples vor. Dabei geht er nicht nur auf ihre Formierung und die sehr heterogene Alters- und Sozialstruktur ihrer Soldaten und Offiziere ein, sondern untersucht auch Motivation und Kampfkraft dieser Verbände, die sich nicht zuletzt in den Tapferkeitsauszeichnungen, aber auch in den Verlusten widerspiegeln. Die Verluste waren in der Tat enorm und führten rasch zur Relativierung des Lebens, zu Abstumpfung, Härte und zum Teil zu Brutalität. Hohe Ausfälle erlitten aber nicht nur die Kampfverbände: Auch der Partisanenkrieg

war verlustreich und zwar nicht nur für die irregulären Kämpfer und jene Zivilisten, welche die Deutschen als „Partisanen“ ansehen wollten, sondern auch für die Wehrmacht.



In einem weiteren Kapitel schreibt Hartmann sodann ein Stück Operationsgeschichte ‚seiner‘ Divisionen und folgt ihnen auf ihrem Weg im ersten Jahr des Krieges gegen die Sowjetunion. Zentrales Thema sind immer wieder die Verbrechen, die von den fünf Verbänden seines Samples begangen wurden, und das waren nicht wenige. Besonders brutal ging die 221. Sicherungsdivision vor, deren Angehörige praktisch jeden Tag Kommissare, Juden oder verdächtige Zivilisten und Kriegsgefangene erschossen (335). Die Brutalität nahm mit der steigenden Bedrohung durch sowjetische Partisanen und „Diversanten“ immer mehr zu und erlebte schließlich einen Höhepunkt, als der deutsche Vormarsch vor Moskau zum Stehen kam und die Rote Armee zum Gegenangriff antrat: Im Kampf um die nackte Existenz „begann man sich viel stärker an seinen sozialdarwinistischen Handlungsrichtlinien zu orientieren“ (383).

Mit einer bewussten nationalsozialistischen Überzeugung lässt sich die gesteigerte Rücksichtslosigkeit gegenüber Zivilisten und Kriegsgefangenen jedoch kaum erklären. Das zeigt

auch Hartmanns viertes großes Kapitel, in dem es um die Topografie des Unternehmens „Barbarossa“ geht. Denn Verbrechen, so stellt Hartmann fest, waren an Räume gebunden, und es kam darauf an, wo ein Verband stand, ob „vorn“ oder „hinten“. Im Hinterland wurden wesentlich mehr Verbrechen begangen als an der Front; doch gerade die Angehörigen der Sicherungsverbände, auf deren Konto das Gros der Morde ging, schienen für solche Vergehen am wenigsten prädestiniert zu sein. Schließlich dominierten unter ihnen ältere Jahrgänge und Reservisten, die ihre Sozialisation nicht im Nationalsozialismus erfahren hatten und viel seltener Mitglied einer NS-Organisation waren als ihre jüngeren Kameraden aus den aktiven Verbänden.



Im letzten und umfangreichsten Kapitel befasst sich Christian Hartmann ausführlich mit den Verbrechen der Wehrmacht an der Ostfront. Anhand der Kriegstagebücher und privater Selbstzeugnisse zeigt er auf, dass der „Kommissarbefehl“ von allen fünf untersuchten Verbänden ausgeführt wurde, von manchen allerdings weniger häufig als von anderen. Besonders rigoros ging bei der Ermordung der sowjetischen Kommissare die 221. Sicherungsdivision vor. Im Gegensatz zu entsprechenden Behauptungen von Hannes Heer, auf dessen Publikationen immer wieder kritisch Bezug genommen wird, hält Hartmann aber fest, dass es auch hierbei einen Unterschied zwischen Front und Hinterland gab. Im Alltag der Truppe habe die Umsetzung des „Kommissarbefehls“ nur eine untergeordnete Rolle gespielt (513). Ebenso seien Morde an Kriegsgefangenen in der Gefechtszone Ausnahmen geblieben (531, 566f.). Erst auf den Transporten und in den völlig überbelegten Gefangenenlagern kam es dann zu dem bekannten Massensterben der Kriegsgefangenen. Hartmann hält fest, dass es zwar keinen vorsätzlichen Plan zur Ermordung der

Kriegsgefangenen gegeben habe. Aber die im Herbst 1941 erlassenen Befehle, die nicht arbeitende Gefangene praktisch dem Hungertod preisgaben, hatten verheerende Folgen: Allein im Winter 1941/42 starben 2 Millionen sowjetische Kriegsgefangene (592).

Verheerende Auswirkungen hatte auch die Radikalisierung des Partisanenkrieges, die in einem Blutbad endete, „wie es in der Geschichte des Krieges nur selten vorkam“ (762). Doch auch hier fanden die schlimmsten Ausschreitungen nicht an der Front statt, sondern im Hinterland. Das gilt

ebenso für den Mord an den Juden im Osten, bei dem Hartmann eine „hohe Mitverantwortung der Wehrmacht“ feststellt (695). Zwar blieb die direkte Beteiligung ihrer Verbände eher gering und ist nicht mit den Massenhorden zu vergleichen, welche SS- und Polizeieinheiten begingen. Aber alle Oberbefehlshaber duldeten oder begrüßten die Verbrechen und auch von den fünf untersuchten Divisionen liegen erschreckende Selbstzeugnisse vor. Während sich bei der 45. Infanteriedivision kaum Hinweise auf Morde finden, sprechen die Quellen bei der 296. Infanteriedivision eine andere Sprache (675). Und ausgerechnet die Führung der 4. Panzerdivision, deren Offizierkorps ein besonders konservatives und elitäres Selbstbild pflegte, erließ 1941/42 direkte Aufrufe zum Mord an Juden (666f.). Die breiteste Bluts spur hinterließ wiederum die 221. Sicherungsdivision, der „frontferne“ Besatzungsverband. Hartmann konstatiert: „Ob aus Soldaten Mörder wurden oder nicht, entschieden – und das ist eigentlich das Frappierende – weniger Weltanschauungen oder Meinungen. Oft waren viel banalere Faktoren ausschlaggebend wie etwa Funktion, Standort, Alter oder Beziehungen“ (698).

Bestechend an Hartmanns Buch ist die ungeheure Sachkenntnis, die der Autor sowohl bei den großen Linien des Geschehens als auch bei Details unter Beweis stellt. Sein Buch ist sprachlich brillant und mit Einfühlungsvermögen geschrieben und der Autor bemüht sich immer wieder um ausgewogene Urteile und größtmögliche Objektivität.

Einen anderen Ansatz als Christian Hartmann verfolgt Dieter Pohl, der in seiner als Habilitationsschrift entstandenen Studie die Besatzungsherrschaft der Wehrmacht in den Jahren 1941 bis 1944 untersucht. Geht es bei Hartmann um den Blick „von unten“, so bei Pohl um den „nach hinten“, also auf das Hinterland der besetzten Gebiete der Sowjetunion. Zunächst wirft Pohl einen Blick auf die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, in dem das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine schon einmal unter deutscher Besatzungsherrschaft gestanden hatten. Der Autor konstatiert, dass diese Herrschaft zwar eine harte gewesen sei, dass aber keine Radikalisierung der Besatzungspolitik stattgefunden habe, die schon auf die Entwicklung im Zweiten Weltkrieg hingedeutet hätte. Von Judenverfolgung und Massenhorden war seinerzeit noch keine Rede. Der Umgang der deutschen Soldaten mit der Bevölkerung besetzter Gebiete sei im Ersten Weltkrieg zudem weitaus weniger brutal als das Vorgehen von Österreichern, Russen und Osmanen gewesen.

Nach der Schilderung der Planungen für die Besetzung der Sowjetunion durch die Wehrmacht und der Beschreibung der „Experimentierfelder“ Polen und Südosteuropa gibt Pohl einen Überblick über die zum Teil verwirrenden Strukturen der Besatzungsherrschaft im Osten. Er nennt die Hauptverantwortlichen und hält fest, dass die Bedeutung des Oberkommandos des Heeres für den Vernichtungskrieg, für Massenverbrechen und die schlechte Behandlung der sowjetischen Bevölkerung lange Zeit unterschätzt wurde. Tragischerweise deckte sich das deutsche Besatzungsgebiet genau mit jenen Regionen, die in den 1930er Jahren von den Folgen der stalinistischen Landwirtschaftspolitik am härtesten betroffen waren. Infolgedessen hatten nicht wenige ukrainische Bauern mit der deutschen Besetzung die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Situation verbunden. Diese Hoffnungen wurden aber bitter enttäuscht, denn positive Folgen, so Pohl, habe die deutsche Besatzungsherrschaft lediglich für die Religionsausübung gehabt. So wurden in der Ukraine circa 1.500 Kirchen wieder eröffnet. Das verhasste Kolchossystem wurde hingegen nicht aufgehoben und die zahllosen Verbrechen ließen bald die Sympathien für die Deutschen verschwinden. Die Massenhorden an Kriegsgefangenen und Zivilisten und die Vernichtung der Juden stehen im Zentrum des Buches und werden von Pohl ausführlich geschildert. Leider treten andere Facetten der Besatzungsherrschaft wie zum Beispiel die Überlebensstrategien der sowjetischen Bevölkerung, das Zusammenleben mit den Besatzern, Kollaboration, Propagandaaktionen zur Gewinnung von Sympathien und anderes stark in den Hintergrund. Zweifellos muss gewürdigt werden, dass Pohl die Leiden der Bevölkerung unter der deutschen Herrschaft und die zahllosen Verbrechen in einer Synthese der östlichen und westlichen Forschung mit beachtlicher Sach- und Sprachkenntnis ausführlich darstellt und dabei die nicht zu leugnende Mitwisser- und Mittäterschaft der Wehrmacht immer wieder aufzeigt. Allerdings vermisst man in der zuweilen recht monoton wirkenden Aneinanderreihung deutscher Verbrechen oft jenes Bemühen um Ausgewogenheit, das die Studie von Christian Hartmann auszeichnet.

Das dritte hier zu besprechende Buch, der Sammelband „Der deutsche Krieg im Osten 1941–1944“, ist der Abschlussband des Projekts „Wehrmacht in der NS-Diktatur“. Er gibt noch einmal neun der insgesamt mehr als fünfzig Beiträge wieder, die im Rahmen des Projekts in zehn Jahren

entstanden sind. Sämtliche abgedruckten Beiträge sind bereits an früherer Stelle erschienen, die meisten in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte. Der Band, quasi ein Resümee, verdeutlicht, dass das Projekt „Wehrmacht in der NS-Diktatur“ nicht zuletzt in Reaktion auf die umstrittene Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ entstanden ist. In mehreren Beiträgen wird auf diese Ausstellung und ihre begleitenden Publikationen sehr kritisch eingegangen und aufgezeigt, wie dilettantisch und unsachlich die Ausstellungsmacher gearbeitet haben. Mehr noch: Wie Peter Lieb in der Nachbemerkung zu seinem Beitrag (303f.) festhält, hat Hannes Heer Stellen im Tagebuch des Kommandeurs des Infanterieregiments 747, Oberst Carl von Andrian, sogar erfunden (!), um zu belegen, dass Andrian über Judenerschießungen im Voraus informiert gewesen sei. So etwas bezeichnet man im Allgemeinen als Geschichtsfälschung.

Im Gegensatz zu den holzschnittartigen und einseitigen Aussagen der „Wehrmachtausstellung“ und der in ihrem Umfeld entstandenen tendenziösen Veröffentlichungen zeigen die Publikationen des Projekts „Wehrmacht in der NS-Diktatur“, dass der Krieg im Osten sehr facettenreich war und dass es „die Wehrmacht“ so gar nicht gab. Es handelte sich um ein sehr heterogenes und vielschichtiges Gebilde mit immerhin 18 Millionen Angehörigen, das sich jeder pauschalisierenden Aussage entzieht. Dies gilt nicht nur hinsichtlich ihrer Struktur, ihrer Weltanschauung und ihrer Einsätze, sondern auch ihrer Verbrechen.

Anmerkung

- [1] Neben den hier besprochenen Bänden von Christian Hartmann und Dieter Pohl sind das: Johannes Hürter: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006 (vgl. hierzu die Rezensiert von Jochen Böhrer, in: sehpunkte 8 (2008), Nr. 7/8; URL: <http://www.sehpunkte.de/2008/07/11499.html>), sowie Peter Lieb: Konventioneller Krieg oder Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007.

Dierk Hoffmann: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 74), München: Oldenbourg 2009, VII + 721 S., ISBN 978-3-486-59032-6, EUR 69,80

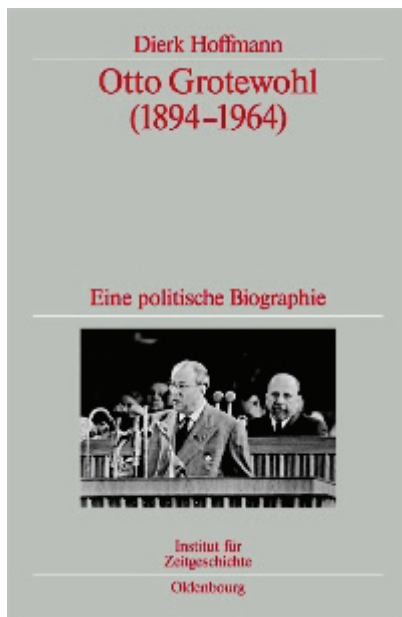
Rezensiert von Philipp Gassert

Universität Augsburg

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 5

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/05/17042.html>



Als der erste Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, am 21. September 1964 in Berlin starb, kam die offizielle Berichterstattung des „Neuen Deutschland“ und der ost- wie westdeutschen Medien immer wieder auf den berühmten Händedruck zwischen Grotewohl und seinem *Alter Ego* bei der KPD, dem späteren DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck, zurück. Gemeinsam mit Pieck hat Grotewohl im Frühjahr 1946 im Berliner Admiralspalast bekanntlich die Zwangsvereinigung der lange verfeindeten sozialistischen Bruderparteien SPD und KPD mit dem zur Ikone geronnenen Händedruck symbolkräftig besiegelt.

Dieses „zentrale Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (653) stellt der Berliner Historiker Dierk Hoffmann in den Mittelpunkt seiner massiven, detailliert aus den Quellen gearbeiteten Grotewohlbiografie. Der Handschlag, der das Bild des ehemaligen SPD-Politikers bis heute prägt, steht für den entscheidenden Wendepunkt in Grotewohls politischer Laufbahn und damit der Sozialdemokratie in der SBZ. In der Weimarer Republik hatte der ehemalige Unabhängige Sozial-

demokrat zunächst in Braunschweig als Abgeordneter und Minister, sodann als Mitglied des Reichstags Karriere gemacht und war im „Dritten Reich“ verfolgt und in eine prekäre Randexistenz gedrängt worden.

Was aber brachte den überzeugten Republikaner und Sozialdemokraten dazu, so lautet die Fragestellung der Arbeit, sich zum Erfüllungsgehilfen der Kommunisten und der ostzonalen Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zu machen und dadurch zu einem Wegbereiter einer zweiten Diktatur auf deutschem Boden zu werden? Hatte sich Grotewohl noch im Herbst 1945 gegen den Vereinigungskurs massiv zur Wehr gesetzt, so übernahm er ab November 1945 die Positionen von SMAD und KPD. Auch wenn er Ulbricht verachtete bzw. fürchtete und zunächst auf Distanz zum starken Mann der späteren DDR hielt, biederte sich Grotewohl in den späten 1940er und 1950er Jahren auf jede erdenkliche Weise dem Kommunismus an und geriet, wie die gesamte DDR-Führung, in immer tiefere Abhängigkeit von Moskau. In Bausch und Bogen übernahm er als erster DDR-Ministerpräsident die grotesken Auswüchse des Stalinkults, dem er als „Größten aller lebenden Menschen“, „sturmerprobten Vorkämpfer der Menschheit“ und „größten Humanist unseres Zeitalters“ auf geschmacklose Weise lobhudelte (528). So sehr war Grotewohl von seiner Rhetorik gefangen, dass er in privaten Aufzeichnungen (zu deren Quellenwert der Autor sich nicht äußert) für seine Frau sich ehrlich erschüttert am Sarge Stalins über dessen Ableben äußerte (529).

Zwei Schlüsselereignisse Ende 1945 spielten auf Grotewohls Weg vom Demokraten zum Parteigänger der Diktatur dem Autor zufolge eine entscheidende Rolle: Zum einen Kurt Schumachers auch von der Furcht vor dem Führungsanspruch der Berliner Konkurrenz mit geprägter und durch die westlichen Alliierten gestützter Kurs, eine gesamtdeutsche SPD-Organisation abzulehnen, wie

auf dem Treffen von Wennigsen im Oktober 1945 deutlich wurde. Der dadurch „in die Defensive“ (225) geratene Grotewohl habe so der SMAD gegenüber die gesamtdeutsche Karte nicht mehr ausspielen können. Zum anderen sei ihm in Karlshorst aufgrund seiner Ablehnung der KPD-Linie „unverhohlene Kritik an seiner Vorgehensweise“ (möglicherweise auch physische Bedrohung) entgegengeschlagen. Weil er dadurch den Eindruck gewonnen habe, dass auch „seine Person zur Disposition stand“, sei Grotewohl eingeknickt. Da eine Flucht in den Westen aus leider nicht näher erläuterten Motiven für ihn nicht infrage gekommen sei (234), habe er „offenbar nicht der Verlockung widerstehen [können], führende Ämter in der SED und im DDR-Regierungsapparat einzunehmen“ (666).

Wie hier entscheidet Hoffmann im Zweifel stets gegen den Protagonisten. Er porträtiert den über einen einnehmenden Charme verfügenden Grotewohl als „konfliktscheu“ (242), „mutlos“ (241), als Funktionärgestalt und waschechten Opportunisten, der um die eigene Haut zu retten und aus karriéristischen Gründen, seine früheren „Demokratievorstellungen“ (386) verriet, und dann als „zahnloser Tiger“ (237) solange zwischen den Lagern lavierte, bis es nichts mehr zu laviere gab. Dennoch habe er nicht durch Unterlassen, sondern auch durch seine aktive Mitwirkung an der Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten zum Aufbau der SED-Herrschaft entscheidend beigetragen. Ohne Grotewohls Engagement, das er bei der Zwangsvereinigung der beiden Parteien und der anschließenden Beseitigung des sozialdemokratischen Milieus an den Tag gelegt habe, hätte in der späteren DDR die Machtergreifung der Kommunisten zwar nicht verhindert werden können – dem standen letztlich die von der Besatzungsmacht gesetzten Rahmenbedingungen entgegen -, sie wäre aber doch „konfliktreicher und langwieriger“ verlaufen (14).

Für einen Biografen ungewöhnlich, betont Hoffmann in erster Linie die Diskontinuitäten in Grotewohls politischem Werdegang. Während Lebensbeschreibungen sonst eher einer frühen Prägung rationalisierenden „biographischen Illusion“ (Pierre Bourdieu) erliegen, erklärt der Autor Grotewohls Handeln allein aus dem jeweils aktuellen politischen Umfeld. Zwar wird angedeutet, dass die Weimarer Erfahrungen und die des Nationalsozialismus ein Faktor für Grotewohls Einsatz für die „Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse“ gewesen sein mögen und ihn vermutlich die Hoffnung auf eine deutsch-deutsche Wiedervereinigung und sein „Festhalten am Ziel der deutschen Einheit“ (386) dazu bewogen habe, sich den Kommunisten anzunähern und den KPD-Führungsanspruch zu akzeptieren. Allerdings hätte man sich stellenweise doch etwas ausführlichere und pointiertere Überlegungen erhofft zur Einschätzung der Grotewohl bewegenden Motive.

Dass Hoffmann vorsichtig argumentiert und vor prägnanten Urteilen zu den das politische Handeln Grotewohls leitenden Vorstellungen zurückweicht, hat primär mit der schwierigen Quellenbasis zu tun. Grotewohl hat kaum Selbstzeugnisse hinterlassen. Er ist überwiegend durch Reden und den amtlichen Schriftverkehr zu greifen sowie in den Erinnerungen und Darstellungen anderer. Daher bleibt der Protagonist merkwürdig blass, verschwindet nicht nur in dem zentralen, etwa ein Drittel des Umfangs ausmachenden Kapitel zur Gleichschaltung der SPD im Kontext der generellen politischen Geschichte der Zwangsvereinigung. Letztlich dient daher Grotewohls Wirken an der Spitze von Partei und Regierung als Sonde, um wichtige Teilaspekte der Geschichte von SED und DDR aufzuarbeiten. Dennoch wäre es beispielsweise interessant zu erfahren, ob Grotewohl, der bereits im Juni 1946 vor Schumacher und Adenauer seine „Magnet-Theorie“ formulierte (292), tatsächlich an die Überlegenheit volksdemokratischer Systeme glaubte oder diese Argumente nur aus Opportunitätsgründen vortrug.

Der vorliegende Band schließt zweifellos eine Lücke in der DDR-Forschung, die sich bisher eher zögerlich auf das biografische Genre eingelassen hat, während die politische Geschichte der Bundesrepublik mit einer ganzen Serie von erfolgreichen Biografien erschlossen wurde. Hoffmann greift einleitend auf für die jüngere Biografik maßgebliche Konzepte und Ansätze zurück, wie „politische Generation“, „Netzwerkanalyse“, aber auch das klassische Fragemuster nach dem „Spannungsverhältnis von Individuum und Gesellschaft“. Indes wird nicht deutlich, worin im vorliegenden Fall der spezifische Erklärungswert dieser Ansätze liegt, kommt der Autor doch nur punktuell auf diese Problemkonstellationen zurück und greift die allgemeinen Überlegungen zur Biografik in seiner Schlussbetrachtung auch nicht mehr auf. Eher schemenhaft bleibt die Anpassung des „Helden“ an Habitus und Sprachstil der DDR-Führungsschicht, obwohl eingangs beherzt eine Berücksichtigung „sozial-, erfahrungs-, mentalitäts- und kulturgeschichtlicher Fragestellungen“ gefordert wird (12). Auch dem Hinweis, dass Grotewohls Händedruck als Symbol der Zwangsvereinigung das Bild des

Protagonisten in Ost und West über dessen Tod hinaus prägte, wird im Schlusskapitel nicht weiter nachgegangen.

Zwar bricht Hoffmann eine Lanze für die Biografie als vernachlässigtem Ansatz in der DDR-Geschichte. Doch könnte man angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei der Analyse der Motive von Grotewohls Handeln eröffneten, einmal systematischer darüber reflektieren, inwiefern Biografien überhaupt einen geeigneten Zugang zur Geschichte der DDR-Führungsschicht darstellen bzw. sich als historische Darstellungsform für kommunistische Diktaturen generell eignen. Denn abgesehen von einigen wenigen, besonders herausgehobenen Figuren wie Stalin, Ulbricht oder Personen mit ungewöhnlichen Lebensläufen wie Albert Norden scheinen sich die Mitglieder der blassen Funktionärsschicht der östlichen Nomenklatura als Menschen und prägnante Persönlichkeiten auch aufgrund der Spezifika der Quellenüberlieferung einer biografischen Darstellung weitgehend zu entziehen. Ist also die Biografie ein „demokratisches Genre“, weil in offenen Gesellschaften die Wege einzelner Individuen sich stärker als Projektionsfläche für die Hoffnungen aber auch die Befürchtungen der Menschen eignen?

Diesen Überlegungen und Einwendungen zum Trotz, die letztlich jenseits des Fragehorizonts von Hoffmanns höchst solider Grotewohlstudie liegen, handelt es sich um eine weiterführende Arbeit, die vor allem für die Erklärung der „KPD-Machtergreifung“ an der Jahreswende 1945/46 als einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zur deutschen Teilung und der dabei erfolgten Selbstanpassung ehemaliger SPD-Funktionäre einen gewichtigen Beitrag zur DDR-Historiografie leistet und darüber hinaus wichtige Einblicke in die Konsolidierung der prekären SED-Herrschaft in den 1950er Jahren eröffnet. Welchen entscheidenden Anteil hieran ein individueller Akteur wie Otto Grotewohl hatte, das hat Dierk Hoffmann in bisher nicht erreichter Breite und Tiefe dokumentiert.

Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933 (= Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 74), München: Oldenbourg 2007, 395 S., ISBN 978-3-486-58255-0, EUR 54,80

Rezensiert von Ragna Boden
Düsseldorf

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger
in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 5

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/05/13456.html>



In seiner Dissertation rollt Bert Hoppe grundlegende Fragen des kommunistischen Netzwerkes und der internationalen Beziehungen anhand deutscher und russischer Archivquellen neu auf. Das Thema bleibt aktuell durch die seit nunmehr 20 Jahren mögliche Grundlagenforschung in vormals geschlossenen osteuropäischen Archiven, die eine genauere Einschätzung der Beziehungen zwischen Moskau und Ost-Berlin erlaubt. [1]

Hoppe fragt vor allem nach der Qualität, den Funktionsweisen und Auswirkungen des Machtgeflechts zwischen VKP(b), Komintern und KPD. Er spürt der Reichweite der Moskauer Einwirkungsmöglichkeiten sowie den Mechanismen nach, mit welchen Moskau Einfluss auf die deutschen Genossen ausübte. Dazu nimmt er insbesondere den „politischen Alltag“ der deutschen und sowjetischen Akteure in der Komintern in den Blick, ihre Wahrnehmungen und Handlungsstrategien.

Ausgehend von der These, dass die Protagonisten der KPD weder völlig eigenständig handelten noch „willenlose Marionetten Moskaus“ waren (14), beleuchtet er in chronologischer

Reihenfolge wesentliche Ereignisse in der halben Dekade zwischen der „Wittorf-Affäre“ 1928, in der die Veruntreuung sowjetischer Finanzierungshilfe an die KPD die Parteiführung um Thälmann in eine prekäre Lage brachte, und dem Herrschaftsbeginn der Nationalsozialisten.

Die ersten beiden seiner neun Kapitel widmet Hoppe der Komintern als Scharnier zwischen KPD und VKP(b) sowie Stalins Personalpolitik. Das transnationale Gremium wertet Hoppe als verlängerten Arm Moskaus, auch wenn grundlegende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit wie Auslandserfahrung und Sprachkenntnisse gerade bei den sowjetischen Mitarbeitern häufig fehlten. Zudem sahen die deutschen Mitglieder des Komintern-Exekutivkomitees (EKKI) in Moskau bei allem Enthusiasmus sehr wohl die sowjetischen Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung des Sozialismus. Hier machte sich die Funktion der Komintern nicht nur als Medium der Bolschewisierung der weltweiten kommunistischen Parteien bemerkbar, sondern auch als Informationsbörse.

Anschließend untersucht Hoppe die Abstimmungen zwischen den Parteien vor dem Hintergrund der deutschen innenpolitischen Ereignisse. Dass eine Moskauhörigkeit der KPD keineswegs zwangsläufig hingenommen oder von allen deutschen Genossen erstrebt wurde, zeigt Hoppe anhand der Wahrnehmung seitens deutscher Mitglieder des Rotfront-Kämpfer-Bundes, die aufgrund einer vermuteten „höheren deutschen Intelligenz und Kultur“ eine eher umgekehrte Dominanz erwarteten (29). Den universellen Moskauer Deutungsanspruch nahm man indes trotzdem wahr.

Aus der Selbstverpflichtung auf das bolschewistische Modell resultierte eine Abhängigkeit von Moskau, die durch persönliche Loyalitäten noch verstärkt wurde. Die immer wieder auftretenden Differenzen im Verhältnis zwischen KPD, Komintern und VKP(b) führt Hoppe auf die verschiede-

nen politischen Kulturen zurück. Negativ auf die Autorität der Kominternführung wirkte sich dabei die privilegierte Beziehung deutscher Funktionäre zu Stalin aus.

Eine solche Konstellation wirft zwangsläufig die Frage auf, inwieweit stalinistische Herrschaftspraktiken auf die KPD angewandt wurden. Gerade Stalins starkes, wenn auch sich häufig veränderndes Netzwerk bietet dafür wichtige Anhaltspunkte. Hoppe bewertet diese von ihm als Politik der „personalen Netze“ beschriebene Zusammenarbeit als effektiv, soweit sie eine persönliche Abhängigkeit und Loyalität der KPD-Funktionäre von Moskau bzw. Stalin selbst bedeutete. Hoppe spricht hier von einer freiwilligen Abhängigkeit, die mehr noch als auf pragmatischen Überlegungen auf einer „affektiven Bindung“ an die starke Persönlichkeit Stalins beruhte. Dabei zieht Hoppe Vergleiche zur nationalsozialistischen Herrschaftspraxis, in der neben expliziten Anweisungen eine Kommunikation über Signale griff, die eine weitgehende Disziplinierung des Apparates voraussetzte (359).

Hoppes Arbeit greift wichtige Fragen auf, lässt aber ebenso wichtige unbehandelt. Dazu gehört vor allem die Frage nach der Wirkung der deutsch-sowjetischen Sonderparteibeziehungen in der *longue durée*: Bereitete die enge Bindung bis Mitte der 1930er Jahre, mithin der Prozess der Selbststalinisierung, die Nachkriegsbeziehungen zwischen Moskau und den osteuropäischen Kommunisten vor, insbesondere zur SED? Auch angesichts des äußerst knappen Untersuchungszeitraums von fünf Jahren, der sich auf immerhin fast 400 Seiten erstreckt, wäre ein solcher Ausblick lohnend gewesen. Ebenfalls etwas zu kurz kommt der synchrone Vergleich; die Moskauer Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien wie zur KP Frankreichs werden nur gestreift. Hoppes Verdienst ist es jedoch, die Beziehungsgeschichte der Parteien auf der Basis vor allem von Kominterndokumenten minutiös für einen überschaubaren Zeitraum aufgearbeitet und damit einen wichtigen Beitrag zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen auf der Ebene des kommunistischen Netzwerks geleistet zu haben.

Anmerkung

- [1] Vgl. exemplarisch den Band von Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*. Berlin 2003, der ebenfalls aus dem SAPMO und dem RGASPI schöpft.

Stefan Paulus: Vorbild USA? Amerikanisierung von Universitäten und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976 (= Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 81), München: Oldenbourg 2010, 617 S., ISBN 978-3-486-59642-7, EUR 84,80

Rezensiert von Barbara Wolbring

Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M.

Redaktionelle Betreuung: Andreas Fahrmeir

in: **sehpunkte** 10 (2010), Nr. 10

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/10/17695.html>



Ausgehend von der Beobachtung, dass Deutschland seine Position als führende Wissenschaftsnation seit Beginn des 20. Jahrhunderts eingebüßt und endgültig durch den Nationalsozialismus verloren hat, während die USA zur politischen und wissenschaftlich führenden Nation aufstiegen, fragt Stefan Paulus nach dem Ausmaß der Vorbildfunktion des US-amerikanischen Universitätssystems für dasjenige der Bundesrepublik. Die USA waren, so sein Ergebnis, seit 1950 der „dominierende Referenzpunkt“ (540) für zentrale Fragen der Universitäts- und Wissenschaftsorganisation.

Der eigentliche Untersuchungszeitraum der aus einer Augsburger Dissertation hervorgegangenen Studie umfasst die Jahre 1945 bis zum ersten Hochschulrahmengesetz 1976. In seinem ersten Kapitel holt Paulus noch sehr viel weiter aus, wenn er auf immerhin 60 Seiten die deutsch-amerikanischen Universitätsbeziehungen der hundert Jahre bis 1945 schildert. Sie waren anfangs geprägt von deutlicher Überlegenheit der deutschen Universität, die von amerikanischen Deutschlandreisenden zum Vorbild für Reformen in den USA genommen

wurde. Vor dieser Folie der erfolgreichen Integration einzelner Elemente eines als überlegen erkannten Universitätssystems und des mindestens zu Teilen dadurch erreichten Aufstiegs der USA zur führenden Wissenschaftsnation und zum attraktivsten Studienland untersucht Paulus die umgekehrte, letztlich aber nicht erfolgreiche Orientierung Deutschlands an Amerika. Seinen Untersuchungszeitraum unterteilt er in zwei Abschnitte, die sich vor allem durch das Reformziel unterscheiden: Stand anfangs die Demokratisierung der Universität im Vordergrund, ging es seit Mitte der 1950er Jahre vor allem um Modernisierung und Erhöhung der wissenschaftlichen Reputation.

Für die Besatzungszeit folgt Paulus dem Urteil der bisherigen Forschung, die eine zu geringe Einflussnahme der Amerikaner auf das deutsche Universitätssystem in den ersten Nachkriegsjahren bedauert und hierin den Grund für die dann erfolgte „Restauration“ der bis 1933 üblichen Strukturen sieht. Einem reformbedürftigen deutschen Universitätssystem werden amerikanische Erneuerungsangebote gegenübergestellt, so dass ablehnende Standpunkte der Rektoren als Verweigerungshaltung und Beharren auf deutscher Tradition erscheinen. Andere, zum Teil nicht mit dieser Dichotomie übereinstimmende Gegensätze etwa zwischen verschiedenen politischen und ideologischen Positionen werden hingegen kaum zur Erklärung herangezogen.

Für die 1950er Jahre zeichnet Paulus die Folge der Reformtagungen nach. Diese hatten allerdings nur beschränkte politische Wirkung, jedenfalls keine Entscheidungskompetenz und konnten lediglich Forderungen erheben und Denkschriften formulieren. Als „hochschulpolitisches Erbe“ (169) der in diesen Punkten erfolgreichen amerikanischen Besatzung werden die Etablierung bzw. Retablierung von Politikwissenschaft und Amerikanistik sowie die Gründung der Freien Universität Berlin erörtert.

Die inhaltliche und kompositorische Mittelpunktfunktion räumt Paulus den Studien- und Forschungsaufhalten von Studenten und Wissenschaftlern in den USA ein. Der Austausch „sensibilisierte für Defizite im eigenen Hochschulsystem“ und habe wie eine „Klammer“ (295) gewirkt zwischen den amerikanischen Umerziehungsbemühungen der Besatzungszeit und den während der Reformperiode der 1960er und 1970er Jahre wirksamen amerikanischen Einflüssen. Inzwischen traten wissenschaftsimmanente Motive und das Bemühen um Modernisierung in den Vordergrund, wurden der Verlust wissenschaftlicher Exzellenz und die sich aus der Überfüllung der Universitäten ergebenden Probleme beklagt. Ähnlich wie die amerikanischen Deutschlandbesucher des 19. Jahrhunderts hätten die Amerikareisenden im Reformprozess eine wichtige Rolle gespielt. Paulus betont den „Zusammenhang zwischen Auslandserfahrung und Reformbereitschaft“ (443).

In vier Kapiteln zeichnet Paulus dann den Hochschulreformdiskurs der 1960er und 1970er Jahre nach und verfolgt die Diskussion über Kristallisationspunkte der Hochschulreform: Organisatorisch die Fragen, ob ein Rektor oder ein Präsident der Universität vorstehen solle, ob die Gliederung in Fakultäten oder Departments erfolgen solle und die Forderung nach der Einrichtung von Hochschulräten; zur Förderung der Wissenschaft die Einführung der Assistenz-Professur und des Forschungsfreiemesters.

Paulus zeigt auf, wie der Ruf nach Einführung des Präsidialsystems nach amerikanischem Muster binnen weniger Jahre „zum Synonym für Effizienz und Effektivität“ avancierte (391), doch für die Frage, warum es nach seiner Einführung die erhoffte Wirkung nicht entfalten konnte, wäre eine Gegenüberstellung des deutschen und des amerikanischen Systems der Hochschulorganisation mit seinen Variationen und Veränderungen wünschenswert gewesen. Das gilt gleichermaßen für die Gegenüberstellung der Ordinariatenverfassung und des Departmentsystems sowie für Hochschulräte: Weder das deutsche noch das US-amerikanische System werden genau beschrieben, so dass über die Fakten der Universitätsorganisation unter den jeweils doch sehr unterschiedlichen Bedingungen an amerikanischen Universitäten, über die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten von Präsidenten, Departments und Professoren, über ihre Pflichten, Rechte und finanzielle Ausstattung keine präzisen Fakten vorliegen, sondern – wie in der zeitgenössischen Debatte selbst – skizzenhafte Umrisse vorherrschen.

Noch in einem weiteren Punkt folgt Paulus implizit der zeitgenössischen Debatte: Die Defizite der deutschen Universitäten werden primär auf strukturelle und organisatorische Defizite zurückgeführt. Der ausgebliebene Erfolg der Reformanstrengungen liege in der lediglich partiellen Übertragung einzelner Elemente des amerikanischen Hochschulsystems begründet, diese hätten sich dabei dem deutschen System angepasst, statt es grundlegend zu verändern. Daraus ergibt sich für Paulus die Grundsatzfrage, „inwieweit punktuelle Reformen in Anlehnung an systemfremde Modelle überhaupt gewinnbringend eingesetzt werden können“ (424). Für die USA des 19. Jahrhunderts hatte er allerdings genau diesen Weg als den erfolgreichen vorgestellt.

Ein weiterer wichtiger Hinderungsgrund, der den Erfolg der Reformen verhinderte, liege – auch hierin dem zeitgenössischen Diskurs folgend – in der Verweigerungshaltung vornehmlich der Professoren. So bekräftigt Paulus für die Universitätsneugründungen der 1960er Jahre, die sich das Modell der amerikanischen Campus-Universität zum Vorbild nahmen, den offensichtlichen Befund, dass dieses Vorhaben weder in Bochum, Konstanz Regensburg noch sonst gelang. Doch scheint es fraglich, ob man hierfür hauptsächlich „unterschiedliche Mentalitäten und Traditionen“ (522) von Professoren und Studenten verantwortlich machen muss. Vielleicht hat es auch andere Gründe, wenn Bochumer Professoren lieber daheim arbeiten als im Arbeitszimmer an der Universität und dortige Studenten lieber in der Stadt leben als in den Wohnheimen auf dem Universitätsgelände.

Das schmälert nicht den Wert dieser Studie. Stefan Paulus hat eine imposante Studie vorgelegt, die detailreich die Vorbildrolle der USA im bundesrepublikanischen Hochschulreformdiskurs nachzeichnet und für weitere Forschung vielfältige Anknüpfungspunkte bietet.

Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), München: Oldenbourg 2009, 208 S., ISBN 978-3-486-59004-3, EUR 29,80

Rezensiert von Morten Reitmayer

Fachbereich III, Universität Trier

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehepunkte** 10 (2010), Nr. 1

URL: <http://www.sehepunkte.de/2010/01/15964.html>



Die deutsche Zeitgeschichtsschreibung ist seit einigen Jahren dabei, die 1970er und 80er Jahre zu ihrem Untersuchungsgegenstand zu machen und dieses Terrain nicht mehr allein den gegenwartsbezogenen Disziplinen zu überlassen. Bislang dominierte bei diesen Bemühungen allerdings eine in Moll getönte Grundstimmung: „Das Ende der Zuversicht“, „Die große Ernüchterung“, so lauten zwei der bekanntesten Titel. [1] Umso neugieriger macht der hier vorzustellende Sammelband (monografische Studien stellen noch die Minderzahl dar), dessen Titel Untersuchungen verspricht, die nicht nur nach dem sich in den fraglichen Jahrzehnten Auflösenden fragen, sondern auch nach dem neu Entstehenden.

Das Buch ist in vier Abteilungen gegliedert: „Ökonomie und Technologie“, „Kultur und Gesellschaft“, „Politik“, „Resümee“.

Die Leitfragen der Herausgeber richteten sich dabei auf nichts weniger als das mögliche Ende oder das Fortbestehen der Epoche der „Moderne“, auf die Tragfähigkeit des Begriffs

der „Postmoderne“ und damit auf den Zäsurcharakter des untersuchten Zeitraums. Vollzog der Prozess der Moderne damals eine bloße Beschleunigung, oder entstand eine „Nach-Moderne“? Zur Beantwortung dieser Fragen haben die Herausgeber acht „Basisprozesse“ identifiziert, deren Analyse den Autoren übertragen wurde, und die auch die Einteilung des Bandes widerspiegeln. Im Einzelnen sind dies (1) die Tertiarisierung der Wirtschaftsstruktur, (2) die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, (3) die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt, (4) die Durchsetzung der Mikroelektronik auf breiter Front, (5) die massenmediale Revolution, (6) Pluralisierung und Individualisierung „im Zeichen des Wertewandels, von Freizeit und Entkirchlichung in radikalierter Form“, (7) die Veränderung der Sozialstruktur durch Expansion der Mittelschichten, sowie (8) die Anpassungsleistungen an den geforderten Strukturwandel. Allerdings haben sich nicht alle Autoren auf dieses Untersuchungsprogramm gleichermaßen eingelassen. So findet man zwar in den Beiträgen über den wirtschaftlichen Strukturwandel (Gerold Ambrosius), über die Veränderungen der Sozialstruktur „von der Klassengesellschaft zu neuen Milieus“ (Stefan Hradil) oder über die Ambivalenzen der Sozialpolitik (Manfred G. Schmidt) viel Wissenswertes (wenn auch nichts grundsätzlich Neues) über die westdeutsche Gesellschaft von ausgewiesenen Experten (knapp die Hälfte der Autoren besteht aus Nichthistorikern). Aber eine Orientierung auf die Leitfragen, vor allem eine Auseinandersetzung mit den Begriffen „Moderne“ und „Postmoderne“ findet in den Einzelbeiträgen nicht statt. Dies ist umso bedauerlicher, als dies bei einigen Beiträgen sehr nahegelegen hätte. So argumentiert Andreas Wirsching sehr plausibel, wie der Wandel der typischen Erwerbsbiografien, nämlich die Entstandardisierung männlicher Erwerbsarbeit und die steigende Frauenerwerbsquote, durch das Ende eines „fordistischen“ Lebenslaufregimes begründet waren, das durch den wirtschaftlichen Strukturwandel

erodierte. Michael Schwartz verfolgt die immerhin diskussionswürdige These eines Wertewandels in der Bundesrepublik und in der DDR anhand der Reformen des Abtreibungsrechts, und Holger Nehring macht in seinem instruktiven Beitrag über die Massenmedialisierung der westdeutschen Gesellschaft darauf aufmerksam, dass diese nicht unmittelbar in die parallelen Modernisierungs- und Liberalisierungsprozesse eingebettet war, sie also nicht geradlinig als Teil von Modernisierung oder beginnender Postmoderne interpretiert werden kann.

So bleibt es den Resümees überlassen, die Ergebnisse der Beiträge unter der Perspektive der Leitfragen zu diskutieren. Dieser Aufgabe stellt sich jedoch nur die zweite Abschlussbetrachtung (Andreas Rödder), während diejenige von Hans Maier in den vertrauten Bahnen aufgeklärt-konservativen Meinungswissens („Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus“) verbleibt. So bleibt es Rödder überlassen, die Fäden zusammenzuführen. Unter der Überschrift „Moderne – Postmoderne – Zweite Moderne“ sucht er ganz ausdrücklich nach Deutungskategorien für die Geschichte der Bundesrepublik in jenen beiden Jahrzehnten. Dabei fällt auf, dass er in seiner Auseinandersetzung mit diesen Kategorien sehr viel größeres Gewicht auf die Präzisierung eines tragfähigen Postmoderne-Konzepts legt als auf eine Klärung dessen, was die Moderne denn ausgemacht hat. Vor allem die ideengeschichtliche Dimension, als deren Kern weithin eine grundlegende Veränderung des Zeitbezugs in der Moderne angesehen wird – von einer Orientierung an der Vergangenheit zur einer solchen an der Zukunft und damit vom „Zwang der Tradition“ zum „Zwang zur Selektion“ – bleibt hier undiskutiert. Darunter leidet notwendigerweise die Plausibilität von Rödders Postmoderne-Begriff, den er aus der Architektur und dem Städtebau übernimmt, und als dessen drei spezifische Kennzeichen er (1) Individualisierung, (2) radikale Pluralisierung sowie (3) einen sich als Entnormativierung äußern- den Werte- und Normenwandel ansieht. Diese drei miteinander verflochtenen Prozesse sprechen seiner Meinung nach für das Ende der „Moderne“ und den Beginn der Postmoderne zwischen 1970 und 1990.

Für eine Vertiefung der Diskussion hätte allerdings nach Ansicht des Rezensenten gerade der Bereich „Politik“ des Sammelbandes anders akzentuiert werden müssen. Zumindest eine tiefer gehende Untersuchung der sich in der Parteigründung der Grünen verdichtenden Umwelt-, Friedens- und der Frauenbewegung als Ausdruck von neuen Partizipationsforderungen hätte man sich gewünscht. So bleibt der Eindruck eines Sammelbandes, der viele interessante Einzelbeiträge vereint, der aber in der Verfolgung seiner Leitfragen konsequenter hätte gestaltet werden können.

Anmerkung

- [1] Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Tim Schanetzky: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.

Carsten Schreiber: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens (= Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 77), München: Oldenbourg 2008, IX + 501 S., ISBN 978-3-486-58543-8, EUR 69,80

Rezensiert von Marc Buggeln

Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Redaktionelle Betreuung: Peter Helmberger

in: **sehpunkte 10** (2010), Nr. 2

URL: <http://www.sehpunkte.de/2010/02/14637.html>



Die personale Zusammensetzung der regionalen SD-Stellen bildete eine der großen Wissenslücken bei der Erforschung der Täter des nationalsozialistischen Herrschafts- und Terrorapparates. Aufgrund mangelnder Quellen existierten bisher wenig mehr als einige Vermutungen auf recht dünner Materialbasis. Für den SD-Inland reichen die Charakterisierungen vom „Meinungsforschungsinstitut“ bis zur „Mordelite“. Auch die wenigen Studien zu lokalen SD-Dienststellen kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen: Während Georg C. Browder im SD-Oberabschnitt „Rhein“ eine soziale Elite am Werke sah [1], präsentierten sich die V-Leute des SD im Saarland, Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul, „als veritabler Querschnitt des lokalen Kleinbürgertums.“ [2] Durch den Fund der kompletten Personalkartei des SD-Leitabschnittes Dresden, in welcher alle Mitarbeiter sowie V-Leute des SD in Sachsen verzeichnet sind, kann die Arbeit von Carsten Schreiber, die 2005 an der Universität Leipzig als Dissertation angenommen wurde, die bisherige Forschung auf eine viel breitere Grundlage stellen. Dies ist ohne Zweifel das größte Verdienst des

Buches, allerdings wird dies dem Leser in der Einleitung auch überaus häufig mitgeteilt.

Schreiber verortet seine Studie in der Einleitung sowohl in der Denunziations- wie in der Täterforschung. Im Hauptteil der Studie dominieren aber Fragen der Täterforschung, während die Denunziationsforschung eher am Rande hinzugezogen wird und im Schluss gar keine Rolle mehr spielt. Als zentrale Kategorien in der Analyse verwendet Schreiber die Begriffe „Netzwerk“ und „totalitäre Elitenorganisation“, wobei letzterer auf Hannah Arendt zurückgeht.

Der Hauptteil gliedert sich in sechs Kapitel. Schreiber steigt in die Studie mit der Schilderung des Aufbaus des SD in Sachsen ein. Spannender wird es im folgenden Kapitel, in dem er die Zusammensetzung des SD-Netzwerkes in Sachsen untersucht. In Kombination mit dem fünften Kapitel, in welchem die gefundene Datei statistisch ausgewertet wird, finden sich hier die veritabelsten Ergebnisse der Studie. Das SD-Netzwerk in Sachsen bestand zu 87,6 Prozent aus NSDAP-Mitgliedern, und fast genauso hoch war der Anteil der Ehrenamtlichen. Auch in Sachsen gab es nur wenige fest angestellte SD-Mitglieder, und zum inneren Kern gehörten nur 32 Männer, von denen wiederum nur 12 Hauptamtliche waren. Angehörige der Kriegsjugendgeneration (1900–1910) waren im Vergleich zum

Bevölkerungsdurchschnitt deutlich überrepräsentiert, ebenso Angehörige der Oberschicht und des Beamtentums. Insbesondere die beschriebene enge Verbindung von SD und Beamtenschaft dürfte eine Hinterfragung des seit Franz Neumanns „Behemoth“ häufig behaupteten Bedeutungsverlusts der Bürokratie im Nationalsozialismus sinnvoll machen.

Angehörige der Unterschicht waren dagegen im SD deutlich unterrepräsentiert. Von 2.690 SD-Mitarbeitern und V-Männern stammten nur 412 aus dieser Schicht, wovon wiederum mehr als drei Viertel Facharbeiter und Vorarbeiter waren. Zu den Stimmungslagen ungelerner Arbeiter dürfte der SD damit nur sehr begrenzten Zugriff gehabt haben. Noch deutlicher unterrepräsentiert waren Frauen, die nur 1,6 Prozent des SD-Netzwerkes ausmachten. Schreibers Analyse verstärkt dadurch Zweifel am mitunter sehr hoch angesetzten Quellenwert der SD-Berichte „Mitteilungen aus dem Reich“, denn aufgrund der SD-Struktur dürften diese hauptsächlich die Weltsicht des männlichen Bürgertums wiedergeben.

Im dritten Kapitel werden differente Zeitphasen der SD-Tätigkeit analysiert. Der SD wandelte sich von einem Instrument der Gegnerbekämpfung zu einem Amt, dessen Ziel im Inland die nationalsozialistische Prägung aller Lebensbereiche wurde. Der Überprüfung dieser Aufgabe dienten auch die SD-Mitteilungen. Aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl war aber kaum daran zu denken, den selbst postulierten Anspruch von der weitgehenden „Durchdringung des Volkes“ auch nur halbwegs zu erfüllen. Schreiber unterscheidet im vierten Kapitel zwischen Zubringern, Agenten, Vertrauensleuten, Mitarbeitern, Beobachtern sowie Außenstellenleitern und nimmt deren unterschiedliche Aufgaben in den Blick. Besonders interessant sind die Ausführungen zu den Außenstellenleitern, von denen einige nach Kriegsende bei der Stasi, andere beim BND ihre geheimdienstliche Tätigkeit fortsetzten.

Im etwas knapp geratenen Schluss wird erneut die Fruchtbarkeit der Begriffe „Netzwerk“ und „totalitäre Elitenorganisation“ hervorgehoben. Während mir dies für den ersten Begriff nachvollziehbar geworden ist, bestehen hinsichtlich des zweiten doch erhebliche Zweifel. Erstens beschreibt Schreiber selbst den SD als äußerst flexibles Netzwerk, welches auf Veränderungen zu reagieren wusste und keineswegs immer totalitär agierte. Zweitens – und dies betrifft keineswegs nur die Studie von Schreiber, sondern einen Großteil der NS-Täterforschung – scheinen mir Zweifel am recht umstandslosen Gebrauch des Elitebegriffs für die Zeit des Nationalsozialismus angebracht. Morten Reitmayer hat jüngst gezeigt, dass sich der Begriff „Elite“ in Deutschland erst in der Zeit der Bundesrepublik durchsetzen konnte und eng mit der Demokratisierung verbunden war. [3] Vorher war das Wort in Deutschland weitgehend ungebräuchlich. Insbesondere Himmler sprach von der SS nie als Elite, sondern immer von einem „Orden“ oder einem „neuen Adel“. Deswegen sollte in den folgenden Forschungen stärker über die Bedeutung dieser Begriffe und über die Vor- und Nachteile der retrospektiven Elitisierung von SS und SD reflektiert werden.

Diesen Einwänden zum Trotz ist die Studie von Carsten Schreiber eine ganz hervorragende Arbeit, die gute Lesbarkeit und akribische Quellenauswertung verbindet. Für die zukünftige Beschäftigung mit dem SD wird sie einen unumgänglichen Ausgangspunkt bilden, und auch für das weitere Feld der Täterforschung bietet sie viele wertvolle Anregungen.

Anmerkungen

- [1] Georg C. Browder: *Hitler's Enforcer. The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution*, New York 1996, 218f.
- [2] Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul: *Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945*, Bd. 2, Bonn 1991, 275.
- [3] Morten Reitmayer: *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009.